



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 126, Sept./2 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», mit dem Gedankengut und den Interessen, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Der Realität ins Auge blicken: USA gibt zehnmal soviel Geld für Rüstung aus wie Russland

Sott.net Di, 19 Feb 2019 18:10 UTC

Die Propagandamaschine gegen Russland läuft seit vielen Jahren auf Hochtouren wobei Russland und Putin unzählige Geschichten angedichtet werden: Beispielsweise der Skripal-Fall, dass Russland die Wahlen in den USA manipulierte, Russland ein Aggressor sei usw. Da hilft es immer wieder, den Blick auf ein paar Fakten zu richten. Zum Beispiel, wenn es um die Militärausgaben geht.



Die friedlichen USA und der "aggressive" Russe.

Die USA haben im vergangenen Jahr laut Militärexperten mit Abstand am meisten für ihr Militär ausgegeben. Der US-Verteidigungshaushalt lag 2018 bei 643,3 Milliarden US-Dollar (etwa 570 Milliarden Euro), wie aus dem Jahresbericht des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) hervorgeht. **Das ist etwa das Zehnfache der russischen Militärausgaben.** Noch vor Russland liegen China und Saudi-Arabien. Da stellt sich die Frage, wer hier wirklich aggressiv ist und wer hier wirklich aufrüstet?

Laut dem Bericht, den das IISS auf der Münchener Sicherheitskonferenz vorstellte, gab Russland zuletzt 63,1 Milliarden Dollar für Verteidigung aus. China kam auf 168,2 und Saudi-Arabien auf 82,9 Milliarden Dollar. Unter den europäischen Nato-Ländern hatte Grossbritannien mit 56,1 Milliarden US-Dollar die höchsten Verteidigungsausgaben. Es folgen Frankreich mit 53,4 Milliarden Dollar und Deutschland mit 45,7 Milliarden Euro.

Russland ist trotz dieser relativ geringen Ausgaben in der Lage, Waffentechniken zu produzieren, die westliche Waffen alt aussehen lassen. Im Vergleich zu 2016 ist Russland sogar noch einen Platz weiter nach hinten gerutscht:



Und wieder zeigt sich: Während sich der Westen dem psychopathischen Wahnsinn aus den USA unterwirft, zeigt Russland wieder einmal, dass es auch anders funktioniert. Das Wohl der Bevölkerung hat in Russland die oberste Priorität, im Gegensatz zum Westen. Es wird immer deutlicher, warum Russland dämonisiert wird:

- Westen kocht vor Wut: Putins Popularität explodiert weltweit
- USA und Russland: Psychopathischer Tyrann gegen die Menschlichkeit in der Welt
- Die Angst vor dem Tod und das menschliche Verlangen nach Helden
- Putin wird zum Symbol-Gesicht der neuen globalen Widerstandsbewegung
- Schritt für Schritt: Putin stärkt Russland und schützt die Welt
- Globale Pathokratie, autoritäre Mitläufer und die Hoffnung der Welt
- "Weltordnung" auf Deutsch: Unterdrückter Dokumentarfilm über Putin und die Welt – Einmaliger Blick hinter die Kulissen
- Offener Brief: Danke Putin – Einer für alle, alle für einen! Menschen der Welt bedanken sich mit einer Unterschrift, auch wenn es den Qualitätsmedien nicht passt
- Pentagon flippt aus – Russland errichtet über Syrien eine Flugverbotszone und bekämpft ISIS
- Warum haben die westlichen Eliten Angst vor Putin?
- Punktlandung von Putin: "Nur Menschen ohne gesunden Menschenverstand glauben, dass Russland die NATO angreifen will"
- Die Trumpfkarte von Putin ist die Wahrheit: "US-Politik hat zu Ausbreitung des Terrors in der Welt geführt. ISIS ist ein weiteres Beispiel. Wir müssen uns gegen diese Politik vereinen"
- Putins Strategie ist unschlagbar: Russland bewahrt die Welt vor dem Untergang
- Putin rettet ukrainische Stadt vor dem Erfrieren: Poroschenko lässt Volk erfrieren
- Warum blinder Pazifismus das Gegenteil fördert: Führt Putin einen gerechten Krieg

Quelle: <https://de.sott.net/article/33296-Der-Realitat-ins-Auge-blicken-USA-gibt-zehnmal-soviel-Geld-fur-Rustung-aus-wie-Russland>.

Erfundener US-Kriegsgrund – eine Al-Kaida-Iran-Allianz

Mittwoch, 20. Februar 2019, von Freeman um 17:00

Wer meint, alle Lügen, um einen Krieg begründen zu können, hätten die Kriegshetzer in Washington schon gebracht, den kann ich eines Besseren belehren. Die "Washington Times" hat einen Artikel veröffentlicht, in dem steht, Beamte des Trump-Regimes würden behaupten, der Iran sei eine "Allianz" mit der Terrororganisation Al-Kaida eingegangen und das sei "eine rechtliche Begründung für US-Militärangriffe" gegen den Iran.

Die Überschrift lautet:

"EXKLUSIV: Iran-Al-Kaida-Allianz kann juristische Begründung für US-Militärattacke liefern".

The Washington Times
Reliable Reporting. The Right Opinion.

News • Policy • Investigations • Opinion • Sports • Special Reports • Games •

TRENDING: DONALD TRUMP | JUSSE SADILETTI | SUPREME COURT | EUROPEAN UNION | TONY DIVERS | RUSSIA | SENATE | CHICAGO | FRANCE | VENEZUELA

HOME | NEWS | SECURITY

EXCLUSIVE: Iran-al Qaeda alliance may provide legal rationale for U.S. military strikes

Trump administration officials warn of global security threat



A group of suspected al Qaeda militants, accused in the killing of an army general in a suicide bombing, stand in front of a state security court in Sanaa, Yemen, in this April 22, 2014 file photo. (Associated Press) [more](#)

[f](#)
[t](#)
[g+](#)
[p](#)
[in](#)
[e](#)
[s](#)

Print

By Ben Worthing and Guy Taylor • The Washington Times • Monday, February 19, 2019

Iran is providing high-level al Qaeda operatives with a clandestine sanctuary to funnel fighters, money and weapons across the Middle East, according to Trump administration officials who warn that the long-elusive, complex relationship between two avowed enemies of America has evolved into an unacceptable global security threat.

Wie bitte??? Das ist die gleiche Lüge wie: "Der Irak hat Massenvernichtungswaffen," mit dem das Bush-Regime 2003 den Angriffskrieg gegen den Irak begründet hat.

Nicht zu fassen, dass Trump so tief sinkt und so unverschämte lügt, um einen Krieg gegen den Iran starten zu können ... alles nur für Israel, so wie der Irak-Krieg auch nur für Israel war ... und der gegen Libyen ... und der gegen Syrien!!!

Kein einziges dieser Länder hat jemals eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dargestellt, sondern die Kriegsgründe wurden nur mit ungeheuerlichen Lügen und massiver Propaganda über die Fake-News-Medien dem Weltpublikum verkauft.

Warum? Weil Israel niemanden im Nahen und Mittleren Osten als "Nachbar" duldet, der sich nicht dem verbrecherischen zionistischen Regime unterwirft.

Jetzt wollen sie einen Krieg gegen den Iran mit der völlig absurden Behauptung verkaufen, ausgerechnet der schiitische Iran arbeite eng mit den Sunniten der Al-Kaida zusammen.

Wie blöd meinen die Kriegsverbrecher seien wir?

Der Iran bekämpft die Al-Kaida überall, aber besonders in Syrien, mit Hilfe der Hisbollah!

Dazu noch, wie wir alle wissen, ist die Al-Kaida eine Erfindung der CIA!!!

NIE IM LEBEN kann es eine Allianz zwischen dem Iran und Al-Kaida geben.

Das ist so lachhaft ... wenn es nicht wieder um den nächsten Krieg mit Hunderttausenden Toten ginge!

Ich übersetze aus der "Washington Times":

Der Iran versorgt hochrangige Al-Kaida-Operative mit verdeckten Verstecken, um Kämpfer, Geld und Waffen über den Mittleren Osten zu verbreiten, laut Offiziellen der Trump-Administration, die warnen, die lange, schwer fassbare, komplexe Verbindung zwischen zwei Feinden Amerikas habe sich in eine unakzeptable globale Sicherheitsbedrohung verwandelt.

Mit dem Rückgang des einst prominenten Islamischen (Anm. Billy: islamistischen) Staats aus dem Rampenlicht, hat die Washington Times erfahren, dass die Administration sich vermehrt auf die unwahrscheinliche Allianz zwischen dem Iran und Al-Kaida fokussiert, was einige Quellen sagen, ist das Augenmerk für eine potenzielle Rechtfertigung für einen militärischen Angriff gegen den Iran und seine Stellvertreter.

Skeptiker haben seit langem bezweifelt, dass der Iran – der dieses Jahr sein 40-jähriges Bestehen als schiitisch-muslimische Theokratie gefeiert hat – mit einer radikalen islamistisch-sunnitischen Gruppe wie Al-Kaida gemeinsame Sache machen könnte. US-Vertreter argumentieren aber, dass ein Zusammenfließen von Interessen – und ein gemeinsamer Feind, darauf bestehen die USA und ihre Verbündeten – haben ein Mass an verdeckter Zusammenarbeit und Koordination gebracht, das neue Höhen erreicht hat.

Was hier behauptet wird, ist komplett erstunken und erlogen und wieder ein Déjà-vu.

Der Iran ist und war nie ein Feind Amerikas, sondern genau umgekehrt, die USA wollen seit 1979 den Iran mit allen Mitteln vernichten. Weil der Iran sich nicht dem Imperium unterwirft.

Jedes Land, das enorme Energieressourcen hat, diese aber nicht den anglo-amerikanischen Ölkonzernen zur Ausraubung und Ausbeutung preisgibt, wird entweder mit einem Regimewechsel beglückt oder wenn das nicht funktioniert, militärisch angegriffen.

Siehe den aktuellen Fall VENEZUELA!!!

Präsident Maduro ist ein "Diktator", ist ja klar, und der Iran formiert eine "Allianz" mit der Al-Kaida, noch klarer.

Weil den Kriegsverbrechern in Tel Aviv und Washington sonst nichts einfällt, graben sie die alte Lüge "Al-Kaida" aus.

Denn vor dem Angriffskrieg gegen den Irak haben die gleichen Kriegshetzer behauptet, Saddam Hussein hätte mit der Al-Kaida zusammengearbeitet und sei sogar an 9/11 mitschuldig!

Diese "Terrororganisation", eine Gruppe von nützlichen Idioten, von der CIA rekrutiert, finanziert und bewaffnet, wird immer dann hervorgeholt, wenn man eine "Bedrohung" benötigt, die man bekämpfen muss.

Iran-Krieg-Konferenz in Warschau

Die von den USA organisierte "Sicherheitskonferenz über den Mittleren Osten" von vergangener Woche in Warschau war tatsächlich eine Iran-Krieg-Konferenz, als Vorbereitung darauf.

Die Kriegshetzer in der ersten Reihe: US-Vizepräsident Mike Pence, Kriegsverbrecher Netanjahu und US-Aussenminister Mike Pompeo.

Rudi Giuliani, Trumps persönlicher Anwalt, sagte bei einer Versammlung von Anti-Iran-Gruppen in der Nähe des Tagungsortes, "Der Iran ist der Hauptsponsor von Terrorismus auf der Welt."

So eine Umkehrung der Wahrheit, denn Washington ist der wirkliche Hauptsponsor von Terrorismus auf der Welt, um Länder, die nicht folgen, zu destabilisieren, damit man einen Kriegsgrund hat.

Ausserdem soll gerade Giuliani, der ehemalige Bürgermeister von New York, sein Lügenmaul halten, war er doch einer der beteiligten Helfer für die False-Flag-Attacke von 11. September 2001!



Es wird sogar von US-Grossmäulern behauptet, Venezuela würde mit der ISIS kooperieren!!! Was für ein Schwachsinn, wo doch Caracas eng mit Damaskus und Teheran auf dem Öl-Sektor zusammenarbeitet. Wenn aber die ISIS-Terroristen aus Syrien nach Venezuela "migriert" sind, kann man das Land angreifen ... oder nicht ... oder doch?

Aber dem Kriegsverbrecher Netanjahu ist die Wahrheit über den wirklichen Zweck des Warschauer Treffens rausgerutscht, es ginge um einen Krieg gegen den Iran.

Auf Twitter schrieb er: *"Was bei diesem Treffen wichtig ist, und es ist nicht geheim ... es ist ein offenes Treffen mit Vertretern der führenden arabischen Länder, die mit Israel zusammensitzen, um das gemeinsame Interesse zu fördern, Krieg mit dem Iran."*

Da haben wir es, Netanjahu gibt es zu, und die Wahrheit, was sie mit dem Iran vorhaben, kam raus. Dieser Tweet wurde übrigens eine Stunde später gelöscht, aber ich habe ihn als Beweis gesichert:



Es steht auf Englisch: "... the common interest of **war with Iran.**"

Israel will die arabischen Länder dazu bringen, gemeinsam mit den USA, den Iran anzugreifen.

Diese Kriegsplanung ist für sich schon ein ungeheuerliches Verbrechen und Netanjahu müsste in Den Haag vor Gericht stehen, wegen "Vorbereitung eines Angriffskrieges" verurteilt werden und lebenslang ins Gefängnis.

Ja "müsste", wird aber nicht passieren, weil Israel ALLES DARF!!!

Und wer das kritisiert, dem wird mit der "Antisemitismus-Keule" eines über den Schädel gehauen.

Na dann machen wir uns darauf gefasst, dass wir ab jetzt vermehrt diese "Iran-Al-Kaida-Allianz" von den kontrollierten Lügenmedien in den Nachrichten präsentiert bekommen, im Vorlauf zu einem Krieg gegen den Iran.

UPDATE: Noch eine Kriegsdrohung gefällig? Nach Venezuela kommt Nicaragua dran!

Ja, denn Trumps oberster Sicherheitsberater und sein "Chef" John Bolton hat jetzt auch Nicaragua mit einem "Regimewechsel" bedroht.

"Wie Präsident Trump am Montag sagte, Ortegas Tage sind gezählt und Nicaraguas Bevölkerung wird bald frei sein", hat Bolton in einem Tweet am Mittwoch geschrieben.

Mit "frei sein" meint Bolton, sie werden von ihren Bodenschätzen "befreit".

Bolton hat vergangenen November bei einer Rede die Politik für Lateinamerika dargelegt. Er sprach vor der "Troika der Tyrannei" - Venezuela, Nicaragua, Kuba - die sozialistisch sind und aus der westlichen Heimsphäre beseitigt werden müssen.



In rot die Länder in Lateinamerika, in denen Washington von 1948 bis 2019 einen Putsch versucht oder ausgeführt hat.

Es fehlt aber Kuba auf der Karte, denn Washington organisierte einen militärischen Angriff kubanischer Exilanten auf Kuba.

Dieser wurde am 17. April 1961 mit verdeckter Unterstützung der CIA von Guatemala aus durchgeführt und hatte den Sturz der Revolutionsregierung unter Fidel Castro zum Ziel.

Ab 1961 versuchte die CIA über 50 Mal, Fidel Castro zu ermorden, und die US-Regime verhängten schärfste Wirtschaftssanktionen gegen Kuba, die einem Totalboykott gleichkommen, als Strafe gegen Kuba, weil es nicht eine "Kolonie" Washingtons werden will.

Wenn Washington sich wirklich für "Freiheit" interessieren würde, müssten die Amerikaner als allererstes die Menschen (und besonders die Frauen) in Saudi-Arabien vom allerschlimmsten Terrorregime der Welt befreien und einen Regimewechsel in Riad vornehmen.

Wird nicht passieren, solange die Krypto-Juden der Wahhabiten den US-Dollar mit der Ölpreisanbindung stützen und am Leben erhalten. Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/02/erfundener-us-kriegsgrund-eine-al-kaida.html#ixzz5g8whTtRf>

Wissenschaftler ratlos: Satellit registriert neue und verblüffende Lichter über der Erde

Sott.net Di, 19 Feb 2019 17:59 UTC

Russische Wissenschaftler haben ein Licht-Phänomen in der Erdatmosphäre entdeckt, das mit keinen bekannten Gesetzen und Phänomenen der Physik erklärbar zu sein scheint. Der russische Satellit Lomonossow entdeckte vor kurzem das Phänomen.



Symbolbild

Russische Wissenschaftler berichten, ein Satellit, der sich Dutzende Kilometer über der Erde befand, habe hochenergetische "Lichtexplosionen" entdeckt. Es heisst, dass das mysteriöse Phänomen mit dem Kenntnisstand der modernen Physik nicht erklärt werden kann.

Ungewöhnliche Weltraumphänomene wurden bereits zuvor in der Erdatmosphäre entdeckt, aber ein Team, das den Lomonossow-Satelliten betreibt – benannt nach dem berühmten russischen Wissenschaftler –, erklärte, dass es sich bei diesen Explosionen um etwas völlig Neues handle.

"Wir kennen ihre physikalische Beschaffenheit noch nicht", sagte Michail Panasjuk, Leiter des Forschungsinstituts für Kernphysik der Staatlichen Moskauer Universität.

~ [RT Deutsch](#)

Solche Lichtereignisse sollen sich normalerweise durch Wetterereignisse erklären lassen: Aber der Himmel unter dem Satelliten war klar, ohne Sturm, Blitze oder Wolken in Sichtweite. "Was die Explosionen verursacht hat, ist eine offene Frage", sagte Panasjuk.

~ [RT Deutsch](#)

Auch UV-Blitze scheinen als Ursache ausgeschlossen zu sein:

Die Erdatmosphäre kann durch UV-Blitze und Stromschläge erhellt werden, aber diese sind meist mit Sturmwolken verbunden. Der UV-Bereich des Lomonossow-Satelliten ist für die Untersuchung starker kosmischer Strahlung ausgelegt, einschliesslich verschiedener Lichtphänomene, Gammastrahlen und magnetosphärischer Partikel in der oberen Erdatmosphäre.

Dies erwies sich jedoch als eine anspruchsvolle Aufgabe, da die Atmosphäre laut Panasjuk stark von diversen Blitzen wie Lichtern der Stadt oder Baken an Flughäfen "verseucht" ist. *(Anm. Billy: Baken sind auffällige senkrecht-hochstehende Warn- und Führungstafeln, die zur Leitung und Regelung usw. des Eisenbahn-, Strassen- und Seeverkehrs dienen)*

Erst letztes Jahr wurde ein weiteres unerklärliches Phänomen entdeckt:

Vor etwas weniger als einem Jahr haben Astronomen schon einmal ein unerklärliches Phänomen entdeckt: Dutzende aussergewöhnlich schnelle Lichtblitze, die anders waren als alles, das man bis dahin im Weltraum beobachtet hatte. Die Ereignisse glichen einer Supernova – der Explosion riesiger Sterne am Ende ihres Lebens –, waren aber viel flüchtiger und nur zwischen einer Woche und einem Monat sichtbar, erklärte Miika Pursiainen von der University of Southampton gegenüber RT.

Eine Theorie, die die Entdeckung zu erklären versucht, besagt, dass ein Stern, der sich dem Ende seines Lebens näherte, vor seiner Supernova-Explosion riesige Mengen an Material abwarf. Die Forscher werden jedoch weitere Daten benötigen, um zu einem Ergebnis zu gelangen.

~ [RT Deutsch](#)

Zudem entdeckte man Anfang letzten Jahres ein vollkommen neues Himmelfänomen namens Steve:

- Was nun? Völlig neues Himmelsphänomen bleibt unerklärbar und ist kein Polarlicht.

Im Juli letzten Jahres verdunkelte sich eine Region von der Grösse Italiens in Russland mitten am Tag. Auch dieses Phänomen scheint bisher nicht erklärbar zu sein:

- Day turns to night in Arctic Siberia: Yellow skies, black dust, dead birds, 'oil', "evasive" authorities – UPDATE

In unserem Buch ***Erdveränderungen und die Mensch-Kosmos Verbindung*** beschreibt der Autor Pierre Lescaudron den derzeitigen Anstieg der Erdveränderungen, die wahrscheinlich von der Interaktion eines Kometenschwarms und eines Zwergsterns verursacht werden. Lescaudron legt ausführlich dar, wie diese Interaktion und die Folgen für unseren Planeten im Speziellen auch unsere Erdatmosphäre verändern. Diese Veränderungen, die in grossen Teilen durch Kometenstaub in unserer Atmosphäre angetrieben werden, könnten auch teilweise die Ursache für solche neue Phänomene sein.

Hier ein Auszug aus dem Klappentext:

Seit der Jahrtausendwende schwächelt, neben den Veränderungen der Jetstreams, nicht nur der Golfstrom, sondern es erhöht sich auch die Intensität und die Häufigkeit von Erdfällen, Hurrikans, Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Meteor-Feuerbällen, Tornados, Fluten und leuchtenden Nachtwolken.

Haben die Verfechter der vom Menschen verursachten globalen Erderwärmung Recht behalten **oder geschieht etwas viel Grösseres auf unserem Planeten?** Während die Mainstream-Wissenschaft diese Erdveränderungen so darstellt, als würden sie in keinerlei Beziehung zueinander stehen, trägt Pierre Lescaudron die Entdeckungen aus der Plasmaphysik, dem Paradigma des elektrischen Universums und vielen anderen Bereichen zusammen und legt nahe, dass diese Phänomene wahrscheinlich tatsächlich eng miteinander verbunden sind und aus einer einzigen gemeinsamen Ursache entspringen: **Der Annäherung eines "Zwillingssterns" unserer Sonne und einem begleitenden Kometenschwarm.**

Mit Hilfe von historischen Aufzeichnungen offenbart der Autor eine starke Korrelation **zwischen Zeitperioden der autoritären Unterdrückung und katastrophalen kosmisch induzierten Naturkatastrophen.** Mit Bezügen und Verweisen auf metaphysische Forschungen, Informationstheorie und Quantenmechanik ist *Erdveränderungen und die Mensch-Kosmos Verbindung* ein bahnbrechender Versuch, die moderne Wissenschaft wieder mit dem alten Verständnis zu verbinden, **dass der menschliche Geist** (Anm. Billy: Bewusstsein) **und die kollektiven Zustände menschlicher Erfahrungen kosmische und irdische Phänomene beeinflussen können.**

Präsentiert in einem übersichtlichen Format und in einer leicht zugänglichen Sprache mit über 250 Abbildungen und über 1000 Fussnoten umfasst *Erdveränderungen und die Mensch-Kosmos Verbindung* eine grosse Bandbreite wissenschaftlicher Disziplinen und ist für all diejenigen gedacht, die versuchen, die Zeichen unserer Zeit zu verstehen.

Lescaudron beschreibt auch ausführlich Phänomene in der Plasmaphysik und wie unser Universum und somit auch unser Sonnensystem durch elektrische Interaktionen geprägt werden. Ein Blick auf die elektrische Natur unseres Universums könnte auch zum Enträtseln dieser Phänomene beitragen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33295-Wissenschaftler-ratlos-Satellit-registriert-neue-und-verbluffende-Lichter-über-der-Erde>

Konfrontation zum Sturz der Regierung Nicolás Maduro

20. Februar 2019 um 8:42Ein Artikel von Frederico Füllgraf | Verantwortlicher: Redaktion

Der 23. Februar steht vor der Tür und mit ihm die Androhung einer militärischen Konfrontation zum Sturz der Regierung Nicolás Maduro. Das Datum wurde dem venezolanischen Präsidenten von den USA und dem selbsternannten „Interimspräsidenten“ Juan Guaidó als „Ultimatum“ für eine Einfuhrgenehmigung der seit Monaten angekündigten, jedoch mit Brasilien bereits im November 2017 militärisch erprobten sogenannten „humanitären Hilfe“ gesetzt.

Von **Frederico Füllgraf**.

Die Regierung Maduro und der mit ihr verbündete Chavismo, einschliesslich der venezolanischen Streitkräfte, blockieren bekanntlich den Zugang der „Hilfs“operation der USA mit dem nicht ganz abwegigen Verdacht, in Wahrheit handle es sich um eine *false flag operation* zur politischen und militärischen Destabilisierung. Die unnachgiebige Haltung Maduros potenzierte allerdings die Aggressivität des politischen „Bunkers“ um die US-Rechtsextremisten Marco Rubio, Mike Pompeo, Mike Pence, John Bolton und Elliott Abrams. Ihre Konfrontations-Bereitschaft eskalierte in den vergangenen Wochen mit der Beschlagnahme der venezolanischen Erdölfirma Citgo in den USA und venezolanischer Goldreserven in Grossbritannien sowie mit der wiederholten Androhung einer militärischen US-Intervention.



Venezuela – Die “humanitäre Hilfe” und das militärische US-Drehbuch der “befreiten Gebiete”

Titelbild: Aleks_Shutter/shutterstock.com

Der Eingriff machte sich schleichend bemerkbar, als Maschinen der US-Luftwaffe karibische Flughäfen ohne Genehmigung der jeweiligen Regierungen anfliegen, Grossbritannien vor der Insel Curaçao ungewöhnliche Militärmanöver abhielt, Admiral Craig Faller, Befehlshaber des Südkommandos der US-Streitkräfte (SouthCom), der brasilianischen Fallschirmjäger-Brigade einen plötzlichen Besuch abstattete und das SouthCom einem brasilianischen General das künftige Einsatzkommando für Südamerika übertrug.

Krönung der an offene Provokation grenzenden Herausforderung war Senator Marco Rubios Landung in Kolumbien und Auftritt in der Grenzstadt Cúcuta. Er sei gekommen, um die humanitäre Hilfe „zu überwachen“, die an der Grenze zu Venezuela gelagert wird und diesmal aus drei C-17-Maschinen der US Air Force auf dem Flughafen von Cúcuta entladen wurde.

Rubio war mit dem US-Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), Carlos Trujillo, und dem ebenfalls zur rechtsradikalen Kuba-Szene in Florida gehörenden republikanischen Kongressabgeordneten Mario Díaz-Balart angereist. Alle Drei, begleitet von kolumbianischen Politikern und venezolanischen Oppositionellen, inspizierten sodann den Hauptgrenzübergang der Simón-Bolívar-Brücke, auf deren venezolanischer Seite wiederum die Regierung Nicolás Maduro für den 22. und 23. Februar ein „Internationales Friedenskonzert“ unter dem Motto „Hände weg von Venezuela!“ angekündigt hat.

Was am 24. Februar passiert, ist zwar zu ahnen, wagt jedoch kaum jemand mit Sicherheit vorauszusehen.

Der „humanitäre Korridor“: eine Provokation des venezolanischen Militärs durch Marco Rubio

Die erste Sendung der sogenannten „humanitären Hilfe“ aus den USA, die Anfang Februar in Cúcuta eintraf, besteht nach Angaben der US-Botschaft in Kolumbien aus einer Menge von „Notnahrungsmitteln und Medikamenten ... um 10 Tage lang mehr als 5000 Venezolaner mit Pflanzenöl, Mehl, Linsen und Reis zu bedienen.“

Die am Wochenende vom 15. bis 17. Februar eingetroffene zweite Sendung soll den Bedarf von „7500 Venezolanern 10 Tage lang durch Hygienesets mit Seife, Zahnbürsten und Zahnpasta“ decken. Die Sets wurden in der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta zusammengestellt. Zwei andere solcher Sammellager sind nach Angaben der venezolanischen Opposition und brasilianischer Medien auf der vor der venezolanischen Küste liegenden niederländischen Inselkolonie Curaçao und im brasilianischen Amazonien eingerichtet worden.

Die venezolanischen Behörden nennen die Hilfssendungen lächerliche „Almosen“ und fordern die USA umgekehrt dazu auf, ihre milliarden schweren wirtschaftlichen Sanktionen gegen Venezuela aufzuheben, die der eigentliche Grund für die Wirtschafts- und Versorgungskrise seien. Mehr noch: Den USA und ihren Verbündeten wird vorgeworfen, die „humanitäre Hilfe“ sei in Wahrheit ein trojanisches Pferd der politischen und militärischen Destabilisierung.

Jedoch angenommen, die Vorbehalte der Regierung Nicolás Maduro seien abwegig, deren Mutmassungen gar verschwörungstheoretischer Unsinn: Wie sollen diese „Hilfssendungen“ nach Vorstellungen der USA von Kolumbien nach Venezuela gelangen? Die Andeutungen der Gruppe um Juan Guaidó lassen kaum noch Zweifel zu: Die Mission, der bekanntlich ihr „humanitärer“ Charakter von den Vereinten Nationen und dem Internationalen Roten Kreuz längst abgesprochen wurde, ist ein politisch-militärisches Manöver zum Test und zur Spaltung und Umstimmung der bisher regierungstreuen venezolanischen Streitkräfte.

Lester Toledo, ein ehemaliger Kampfgefährte an den gewalttätigen, rechtsradikalen *Guarimba*-Barrikaden des selbsternannten „Übergangspräsidenten“ Venezuelas, Juan Guaidó, und von ihm zum „Leiter des Internationalen Plans für humanitäre Hilfe“ nominiert, wettete geradezu in Gesprächen mit internationalen Medien, die „humanitäre Hilfe“ werde „vom venezolanischen Volk selbst durchgesetzt“, und nannte das von Medien und Analysten seit langem erwartete Reizwort: einen „humanitären Korridor.“

Auf die Frage, wie man sich diesen „Korridor“ vorstellen solle, da die venezolanischen Behörden die Grenzüberschreitung der US-„Hilfe“ nicht zulassen und die internationale Las-Tienditas-Brücke streng bewacht wird (siehe dazu auch hier), antwortete Toledo lakonisch und provokativ, die Regierung Maduro werde „eine Überraschung“ erleben. Das Militär werde sich so verhalten, wie es sich gehöre, es werde „der Führung von Präsident Guaidó folgen“, erklärte der Vertreter Guaidós.

In diesen Spekulationen und „Wetten“ der von den USA ferngesteuerten Guaidó-Gruppe artikulieren und mischen sich selbstverständlich Wunschenken mit Fake News. Wenn Toledo auf die Frage schweigt, ob zwischen Guaidó und der Armee Geheimgespräche geführt werden, so ist dieses Schweigen als „dramaturgischer“ Trick zu verstehen. Er soll andeuten, dass es gar „Geheimabmachungen“ gäbe.

Sätze wie „Guaidó ist der Oberbefehlshaber, ich wünsche mir eine fließendere Kommunikation mit dem Militär, denn zu gebotener Stunde werden sie der Garant sein“ oder „gemeinsame Termine, Taktiken, Strategien unseres Teams mit unseren Verbündeten werden publik gemacht, wenn wir die Sammelphase durchlaufen haben und sie diesen Traum wahr werden lassen“, sind rhetorische Nebelwände nur dürtig kaschierter Kriegspropaganda.

Die Rhetorik macht gleichwohl deutlich, dass die oppositionelle Guaidó-Gruppe schamlos der rechtsradikalen US-Camarilla um Marco Rubio, Mike Pompeo, Mike Pence, John Bolton und dem „Venezuela-Sonderbeauftragten“ Elliott Abrams nachbetet und bereit ist, sowohl einen US-Blitzkrieg aus der Luft wie auch einen Verschleisskrieg nach kolumbianischem oder einen Stellvertreterkrieg nach syrischem Vorbild in Venezuela anzufachen.

Militärische Eskalierung, Sperrzone und „befreites Gebiet“

Venezuela hat inzwischen im Grenzgebiet eine Sperrzone angekündigt. Der in Venezuela tätige argentinische Politologe Marco Teruggi nahm die Ankündigung zum Anlass und spielte für die in Buenos Aires erscheinende Tageszeitung *Pagina12* vom vergangenen 18. Februar verschiedene Szenarien durch, die – politisch gesehen – auf einen von den USA systematisch herbeigesteuerten Punkt der Unumkehrbarkeit zulaufen.

Die „parallele Regierung“ der venezolanischen Opposition war zweifellos die eigentliche Vorbereitung für einen militärischen Eingriff. Sie startete 2017 mit dem „Obersten Gerichtshof im Exil“ (siehe hierzu auch), gefolgt vom Bruch der Generalstaatsanwältin mit der Regierung Maduro und der Selbsternennung Juan Guaidós zum „Interimspräsidenten“. Als zweiter Schritt ist die internationale Anerkennung Guaidós unter Führung der USA sowie deren Eingriff in die venezolanische Erdölfirma Citgo mit der Nominierung neuer Direktoren und Guaidós „Botschaftern“ zu erwähnen.

Als Hypothese könnte sich folglich die Invasion des venezolanischen Territoriums als dritte Stufe herausstellen. Allerdings zunächst als Rätselraten über Variablen der Handbücher für Sonderunternehmen der US-Armee, mit Erfahrungen aus dem syrisch-libyschen Fall, die sich auf das venezolanische Szenario übertragen lassen.

Die Hypothese eines „befreiten Territoriums“ ist sodann eine Strategie der sogenannten parallelen Regierung, die Macht nicht mehr allein über soziale Netzwerke, sondern mit dem Durchbrechen des Staatsgebietes auszuüben, erklärte Freddy Bernal, der von der Regierung Maduro ernannte „Protektor“ des Bundesstaates Táchira. Táchira sei somit die besonders empfindliche Gegend für einen militärischen Angriff. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zu Kolumbien, einem NATO-Partnerland mit zahlreichen US-Militärstützpunkten auf seinem Hoheitsgebiet, auf dem ferner vielzählige paramilitärische Verbände ihr Unwesen treiben.

Neben dieser Hypothese sollten dennoch andere militärische Varianten bedacht werden. Zum Beispiel die Grenze als Ort medienpolitischer Verdichtung. Hier könnte ein Narrativ von der Unmöglichkeit des Dialogs mit der Regierung Maduro gesponnen werden, die keine humanitäre Hilfe zulässt, somit die Eskalierung neuer Aggressionen rechtfertigt.

Eine Aktion unter falscher Flagge und mit grosser internationaler Resonanz sei denkbar. Die USA könnten in Komplizenschaft mit der kolumbianischen Regierung einige Paramilitärs mit venezolanischen Uniformen verkleiden und sie gegen die Bevölkerung einsetzen. „Dann würden ihre Kameras der Welt zeigen, dass es hier eine Diktatur gibt, die tatsächlich Menschen tötet – und das wäre die Ausrede für einen Militärschlag,“ sinniert Bernal.

Solange sie nicht auf die venezolanischen Streitkräfte setzen und sie „herumkriegen“ können, stehen verschiedene militärische Varianten zur Verfügung. Zum Beispiel eine irreguläre paramilitärische Armee, die sich aus Söldnern aus Nahost-Kriegen, paramilitärischen Gruppen, kriminellen Banden, kolumbiani-

scher Armee und paramilitarisierten Barrikaden-Kämpfern mit einem kommandierenden US-General im Hintergrund zusammensetzt.

Aber die Grenze könnte auch als Ablenkungsmanöver genutzt werden: Viel Radau in Táchira kann von einem militärischen Überfall aus Brasilien ablenken.

„Wir haben die Fähigkeit zur Aufklärung, die boliviarischen Streitkräfte sind auch in der Lage, jede Gruppe direkt an der Grenze zu besiegen, um den Frieden und die Ruhe Venezuelas zu sichern. Mit Sukoi-Maschinen modernster Ausrüstung und Spitzentechnologie ist die venezolanische Luftwaffe eine der mächtigsten in Lateinamerika. Das Flugabwehrsystem, das Chávez in Russland gekauft hat, ist eines der besten auf dem ganzen Kontinent. Es ist in der Lage, Raketen und Flugzeuge jeglicher technologischer Variante bis zu 200 Kilometer Entfernung lahmzulegen“, erklärt Bernal und nennt die rasche Ausbildung von mehr als einer Million Milizen, von denen 65 000 in mehreren einhundert Verbänden auf Táchira verteilt sind.

Werden die USA ihr lateinamerikanisches Syrien bekommen? Wer weiss es? Die Würfel des Kriegsspiels werden gerade erst sortiert. Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=49462>

Der verzweifelte Versuch der Integrity Initiative, die deutsch-russischen Beziehungen zu sabotieren

Kit Klarenberg Sputnik Mo, 07 Jan 2019 16:51 UTC



© AFP 2018 / CHRISTOF STACHE

Am Nachmittag des 4. Januar verpasste ich einer Reihe von Artikeln den letzten Schliff, in denen es um die Aktivitäten der Integrity Initiative in Deutschland geht, als das Hacking-Syndikat Anonymous eine weitere Tranche von Dateien veröffentlichte, die den internen Servern des Unternehmens entnommen waren. Der Inhalt war so explosiv, dass ich mich gezwungen sah, das mehrteilige Projekt auf Eis zu legen.

Der neue Fund enthielt mehrere sehr belastende Akten im Zusammenhang mit der Vergiftung Sergei Skripals im März 2018, was einige sehr ernste Fragen über den zwielichtigen britischen Staat und die NATO-finanzierte "Denkfabrik" sowie deren Verbindungen zu diesem Fall aufwarf.

Wenige Stunden nach der Veröffentlichung eines Artikels, der auf einer vorläufigen Untersuchung der Dokumente basiert, erhielt ich eine merkwürdige E-Mail vom Politikwissenschaftler Hannes Adomeit – mit dem Betreff "Strafanzeige gegen Kit Klarenberg" –, so dass ich ziemlich froh war, die Fertigstellung meiner deutschen Serie verschoben zu haben.

"Strafrechtliche Vorwürfe"

Seit einigen Tagen hatte ich versucht, ihn und andere Personen zu kontaktieren – prominente deutsche Politiker, Geschäftsleute und auch Militärbeamte, Wissenschaftler sowie Journalisten – die in einem "Zwischenbericht" über die deutsche Gruppe erwähnt waren. **Es schien, dass Adomeit die Gruppe leitete und im Oktober 2018 das Schriftstück für seine Zahlmeister bei der Initiative verfasst hatte.**

Antworten auf meine Anfragen gab es nur wenige, und Adomeits E-Mail gab möglicherweise Aufschluss darüber, warum das so war – er hatte meine E-Mail nämlich automatisch in seinem Trash-Folder verschwinden lassen, nachdem er gesehen hatte, dass sie von einer Adresse namens "@sputniknews.com" aus gesendet worden war.

"Im Nachhinein habe ich das jedoch bereut und meinen Kollegen Harold Elletson, den Sie ebenfalls kontaktiert haben, um Ihre Adresse gebeten. Ich habe diese auch der E-Mail entnommen, die Sie an Gemma Poerzgen, Vorstandsmitglied von Reporter Ohne Grenzen, geschickt haben. Die Umentscheidung wurde durch Ihre Kontaktaufnahme mit anderen aktuellen oder potenziellen Mitgliedern der deutschen Gruppe motiviert, und der Punkt, um den es mir geht ist die Frage, **wie es Ihnen eigentlich gelungen ist, Zugang**

zu vertraulicher Korrespondenz zu erhalten – in diesem Fall Informationen über ein Treffen oder vielmehr das Vorhaben, mich im Oktober letzten Jahres mit Gemma Poerzgen zu treffen. Diese Informationen sind weder von Frau Poerzgen noch von mir in irgendeiner Weise veröffentlicht worden," schrieb er.

Hannes Adomeit

Der Chef der deutschen Gruppe der Integrity Initiative, Hannes Adomeit, droht dem Sputnik-Journalisten Kit Klarenberg mit einer "Strafanzeige"

Sehr geehrter Herr Klarenberg,
hiermit möchte ich auf Ihre E-Mail antworten, die Sie mir vor einigen Tagen geschickt haben. Meine Antwort-Mail wird deshalb nicht im <RE>-Modus angezeigt, weil ich Ihre Mail sofort in den Mülleimer verschoben habe, nachdem ich gesehen hatte, dass sie von "sputniknews.com" stammt. Im Nachhinein habe ich es jedoch bereut und meinen Kollegen Harold Elletson, den Sie ebenfalls kontaktiert haben, um Ihre Adresse gebeten. Ich habe diese auch der E-Mail entnommen, die Sie an Gemma Poerzgen, Vorstandsmitglied von Reporter Ohne Grenzen, geschickt haben.

Die Umentscheidung wurde durch Ihre Kontaktaufnahme mit anderen aktuellen oder potenziellen Mitgliedern der deutschen Gruppe motiviert, und der Punkt, um den es mir geht ist die Frage, wie es Ihnen eigentlich gelungen ist, Zugang zu vertraulicher Korrespondenz zu erhalten – in diesem Fall Informationen über ein Treffen oder vielmehr das Vorhaben, mich im Oktober letzten Jahres mit Gemma Poerzgen zu treffen.

Diese Informationen sind weder von Frau Poerzgen noch von mir in irgendeiner Weise veröffentlicht worden. Sollten Sie an diese Informationen gelangt sein, indem Sie sich in das elektronische System des Institute of Statecraft gehackt haben, möchte ich Sie daran erinnern, dass eine derartige Aktion gemäss den Bestimmungen des Deutschen Strafgesetzbuches (Strafgesetzbuch, Abk. StGB) illegal ist. Der betreffende Paragraph des StGB 202a lautet wie folgt:

Eine kriminelle Straftat nach Paragraph §202a des StGB

Ausspähen von Daten. (1) Wer unbefugt sich oder einem anderen Zugang zu Daten, die nicht für ihn bestimmt und die gegen unberechtigten Zugang besonders gesichert sind, unter Überwindung der Zugangssicherung verschafft, wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe belegt.

Ich bin fest entschlossen, aufgrund dieses unerlaubten Zugriffs Anzeige gegen Sie zu erstatten. Falls Sie nicht die Person sind, die sich illegal Zugriff auf die vertraulichen Informationen verschafft hat, bestehe ich darauf, dass Sie mir nachweisen wie / oder von wem Sie die Informationen erhalten haben

Mit freundlichen Grüßen,
Hannes Adomeit

Er fuhr damit fort, dass ich gegen § 202a des Strafgesetzbuches verstossen hätte und möglicherweise mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren oder einer Geldstrafe rechnen müsse, falls ich durch Hacking in die Systeme des Institute of Statecraft an diese Inhalte gelangt sei – der Mutterorganisation der Initiative.

"Ich bin fest entschlossen, aufgrund dieses unerlaubten Zugriffs Anzeige gegen Sie zu erstatten. Falls Sie nicht die Person sind, die sich illegal Zugriff auf die vertraulichen Informationen verschafft hat, bestehe ich darauf, dass Sie mir nachweisen wie / oder von wem Sie die Informationen erhalten haben," erklärte er abschliessend.

Da ich nicht für dieses Hacking verantwortlich war, liessen mich Adomeits Drohungen ziemlich kalt – tatsächlich war mir sein ominöses Schreiben sehr willkommen, **denn es bestätigte, dass die Akten authentisch waren und er tatsächlich versucht hat, eine Zelle in Deutschland zu gründen. Es zeigte auch, dass einige seiner Zielpersonen offenbar empfänglich für seine Annäherungsversuche waren** (Poerzgen hat mir gegenüber deutlich gemacht, dass sie nicht zu ihnen gehöre, weil sie "[nicht] deren politische Analyse und Haltung teile.")

Darüber hinaus **hat sich gezeigt, dass Elletson – ein langjähriger MI6-Agent – Adomeits "Kollege" war.** Ironischerweise **steht die nachrichtendienstliche Tätigkeit für den Geheimdienst einer fremden Macht im Widerspruch zu § 99 StGB**, die mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden kann.

"Harte Nuss"

Die ausländischen Gruppierungen der Initiative setzen sich aus Personen zusammen, die "die Bedrohung der westlichen Nationen" durch russische "Desinformation" "verstehen" und die mobilisiert werden können, um die Regierungspolitik im Sinne der "angelsächsischen Weltanschauung" zu beeinflussen und eine "strengere Haltung" gegenüber dem russischen Staat einzunehmen.

Deutschland ist in dieser Hinsicht vielleicht besonders interessant für die Organisation. Das belegt ein interner "Fortschrittsbericht zur Etablierung nationaler Gruppen", der im Juli 2018 – einen Monat nach der Gründung der deutschen Gruppe infolge eines zweitägigen Treffens zwischen Vertretern des Instituts

/ der Initiative und Adomeit in London – erstellt wurde. **Der Autor des Dokuments erklärt, dass das Land aufgrund der "besonderen Anfälligkeit gegenüber dem russischen Einfluss" ein "sehr schwieriges und zugleich das wichtigste Zielobjekt" sei.**

Im zuvor erwähnten "Zwischenbericht" vom Oktober 2018 über die deutsche Zelle erläutert Adomeit in einem Abschnitt zum Thema "Spezifisch deutsche Verhältnisse" weiter, welche Bedeutung Deutschland für die Initiative hat und warum es für die Organisation eine so harte – und entscheidende – Nuss ist, die sie zu knacken hat.

"Russland ist eines [von], wenn nicht sogar das kontroverseste Thema in den Debatten der deutschen Aussenpolitik ... **das russische Narrativ über die Ursachen für die Beziehungskrise zwischen Russland und dem Westen findet breite Akzeptanz in der deutschen Öffentlichkeit.** Ihren Hauptthesen zufolge ersetzten die USA nach dem Ende des Kalten Krieges die Sowjetunion einfach durch [sic] Russland, machten mit ihrer Politik der Eindämmung, Isolation und Demütigung weiter, drangen mit der NATO-Osterweiterung in Gebiete vor, die für russische Interessen als lebenswichtig erachtet werden, und übten Druck auf Europa aus, einschliesslich Deutschland, um diese Länder für ihre antirussische Politik auf Linie zu bringen," schreibt er.

Infolgedessen besteht in der deutschen Bevölkerung und in der politischen Klasse ein weit verbreitetes Gefühl, dass das Land "nicht dem US-amerikanischen Ansatz folgen sollte" und dass es "der Dämonisierung Russlands ablehnend gegenüberstehen sollte", damit "das Schreckgespenst des Krieges in Europa nicht wieder aufleben würde."

[A.d.Ü.: Im Folgenden die Gesamtübersetzung des Original-Dokuments, in welchem der Chef der Deutschen Gruppe Adomeit die "Spezifisch deutschen Verhältnisse" beschreibt.]

Diskussion der "Spezifisch deutschen Bedingungen" durch Adomeit, Leiter der deutschen Gruppe

- Das russische Narrativ über die Ursachen für die tiefe Beziehungskrise zwischen Russland und dem Westen findet breite Akzeptanz in der deutschen Öffentlichkeit. Ihren Hauptthesen zufolge ersetzten die USA nach dem Ende des Kalten Krieges die Sowjetunion einfach durch [sic] Russland, machten mit ihrer Politik der Eindämmung, Isolation und Demütigung weiter, drangen mit der NATO-Osterweiterung in Gebiete vor, die für russische Interessen als lebenswichtig erachtet werden, und übten Druck auf Europa aus, einschliesslich Deutschland, um diese Länder für ihre antirussische Politik auf Linie zu bringen.
- Deutschland sollte demnach nicht dem US-amerikanischen Ansatz folgen. Es sollte der "Dämonisierung" Russlands, wie sie von Politikern, "Mainstream-Medien" und Forschungsinstituten betrieben wird, ablehnend gegenüberstehen – ein Ansatz, der offensichtlich als latent "gefährlich" gilt. Tatsächlich wird gesagt, dass dies das Schreckgespenst des Krieges in Europa wiederaufleben lässt, aber dass diejenigen, die Deutschland auf diesen Weg geführt haben, nicht damit zu rechnen brauchen, dass die deutsche Öffentlichkeit Krieg und einen Kampf "in unserem Namen" befürworten würde.
- Daher ist es ein zentrales Merkmal der russischen Bemühungen, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen, mit Betonung der Kriegsgefahr in Europa. Solche Gefahren, wie sie das russische Narrativ sowie jenes der *Russlandverstehers* nahelegen, werden durch die "Aufrüstungs Bemühungen" der NATO, die Wiedereinführung von US- und NATO-Streitkräften sowie militärische Manöver im Baltikum und in Ost- und Südosteuropa verstärkt.

Beziehungen zum Tiefenstaat

Der "Fortschrittsbericht" vom Juni 2018 besagt, dass der Aufbau der deutschen Zelle "auf der Arbeit eines PR-Spezialisten aus Grossbritannien basiert, der zeitweise in Berlin ansässig ist" – ein Verweis auf Elletson –, durch den "alle Aktivitäten koordiniert wurden und werden."

Es ist unklar, wie genau Elletsons MI6-Karriere verlaufen ist. Klar ist hingegen, dass er vor seiner Tätigkeit als konservativer Abgeordneter für Blackpool North im Jahr 1992 (einen Sitz, den er 1997 verloren hat) **als Agent in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion tätig war** und seine Arbeit als Handelsberater als Deckmantel nutzte. Seine Beziehung zu dieser Organisation endete auch nicht nach seiner Wahl, obwohl es in der britischen Politik seit langem eine Konvention gab, der zufolge Geheimdienste keine Abgeordneten als Agenten einsetzen dürfen – eine Regelung, die der damalige britische Premierminister John Major aufhob, um ihm die Fortsetzung seiner Geheimdienstarbeit während seiner parlamentarischen Tätigkeit zu ermöglichen. Dazu gehörten auch Besuche im ehemaligen Jugoslawien während des Balkankrieges.

Er ist einer von vielen Personen mit umfangreichem Geheimdienst-Hintergrund, die mit dem Institut und der Initiative in Verbindung stehen. Interessanterweise könnte Adomeit selbst womöglich ein weiterer sein. In seiner Darstellung der "Spezifisch deutschen Verhältnisse" bezeichnet der Politikwissen-

schaftler den Akademiker Peter W. Schulze als "einen der hinterlistigsten Befürworter" der Vorstellung, dass die USA Druck auf Deutschland ausgeübt hätten, um dessen Ostpolitik zu "untergraben."

Ich habe Schulze rechtzeitig über diesen Vorwurf alarmiert, **der ihn nicht besonders "überraschte", weil Adomeit "ein Kalter Krieger der alten Schule ist, der in vielen US-Verteidigungs- und Aufstandsbe-kämpfungseinrichtungen wie RAND, Defence College, Monterrey usw. ausgebildet wurde".**

"Ich stehe zu meiner Position. Der Paradigmenwechsel in der EU und in der deutschen Politik erfolgte 2009/10, nach dem EU-Beitritt Polens, des Baltikums und Rumäniens, woraufhin diese von den skandinavischen Ländern und dem Vereinigten Königreich in dem Vorhaben bestärkt wurden, einen Angriff auf Russland zu starten und das Land aus Europa zu vertreiben sowie die Ostpolitik der SPD (Sozialdemokratische Partei) zu hintertreiben. Leider **war und ist dieser Schritt recht erfolgreich verlaufen** – ein Umstand, den die SPD in seiner Tragweite und Folgeschwere nicht verstanden hatte und sich auch nicht dagegen zur Wehr setzte. Wenn man sich den vorliegenden Entwurf der neuen SPD-Ostpolitik ansieht, kann man einen totalen Bruch mit der Vergangenheit feststellen, der vor allem auf den Umstand zurückzuführen ist, dass die Führungspositionen von Kadern übernommen wurden, die keine Beziehung zum oder Verständnis für den Osten haben", fügte er hinzu.

Adomeit beschreibt Zweck und Personal des deutschen Ablegers

[A.d.Ü.: Im Folgenden die Gesamtübersetzung des Original-Dokuments, in welchem der Leiter der deutschen Gruppe, Hannes Adomeit, "Zweck und Personal des deutschen Ablegers" beschreibt.]

PERSONAL DES DEUTSCHEN ABLEGERS

Nach den Leitsätzen für Koordinatoren wird die Gruppe "aus gut informierten Persönlichkeiten" bestehen, die einen politischen, militärischen, akademischen, journalistischen sowie Think Tank-Hintergrund haben und mit der Aufgabe betraut sein werden, Beispiele von Desinformation im eigenen Land zu ermitteln und zu analysieren sowie Entscheidungsträger und andere interessierte Parteien über das Geschehen in Kenntnis zu setzen [...] und Informationen durch Forschungsarbeiten, Artikel, Präsentationen, Einzelgespräche und persönliche Kontakte" weiterzugeben. Mir ist noch nicht klar, wie "Mitgliedschaft" genau zu verstehen ist. Bisher bin ich informell verfahren, d.h. ohne schriftlichen Vertrag, aber mit einer Verbindlichkeit in Bezug auf die oben genannten Grundsätze. Der Grad des Engagements variiert stark und hängt natürlich davon ab, inwieweit ich die betroffenen Personen einbeziehe. Vor diesem Hintergrund sind folgende Mitglieder und zukünftige Kandidaten zu nennen:

Harold Elletson: Alle Aktivitäten wurden und werden mit ihm abgesprochen.

Joachim Krause: Enger Freund, Ex-Kollege bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, ehemals Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), derzeit Leiter des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) und Hauptherausgeber der einzigen Fachzeitschrift für Strategiestudien in Deutschland; *Sirius: Zeitschrift für strategische Analysen*. Die Bedeutung dieser Beziehung liegt nicht nur darin begründet, dass ich mich ernsthaft für Beiträge zu diesem Thema interessiere, sondern auch darin, dass ich selbst Artikel verfasse, unter anderem im Interesse der Initiative. Ein Treffen mit ihm ist nicht notwendig, da ich in engem, fast täglichem Kontakt mit ihm stehe.

Marie-Luise Beck: Ihr wurde ein Überblick darüber vermittelt, worum es bei der Integrity Initiative geht und welche Rolle ihr dabei zukommen könnte. Die Sitzung fand am 20.09.2018 statt. Sie ist zusammen mit ihrem Ehemann, Ralph Fücks, Gründungsmitglied von LibMod.

Einflussagenten

Wie dem auch sei, in seiner Eigenschaft als Gruppen-Koordinator soll Elletson eine Studie über den "russischen Einfluss in Deutschland" erstellt haben, die "in hochrangigen deutschen politischen Kreisen, einschliesslich des Kanzleramtes, die Runde machte."

Das Dokument - *Russlands Informationskrieg in Deutschland: Wie Moskau die Meinung der Deutschen verändert* – geht ausführlich auf die "Bedingungen" ein, die Adomeit an anderer Stelle verzweifeln liessen, und erörtert die "Hauptinstrumente", die der Kreml angeblich zur Formung deutscher Wahrnehmung einsetzt. Wenn man die "Studie" liest, wird sofort und unmittelbar ersichtlich, dass es sich keineswegs um eine empirische Untersuchung eines der genannten Forschungsthemen handelt - **es ist eine hochgradig vor-eingenommene, polemische und manchmal grenzwertige literarische Abhandlung, die mit kaum verhohlener Verachtung für Russland und die Russen durchsetzt ist.**

Das Papier, das treffend mit einem wahrscheinlich apokryphen Wladimir Lenin-Zitat beginnt, ist auch voll von Verweisen auf "Russlandversther" – Menschen, die, wie Elletson schreibt, "in Talkshows, in Zeitschriften und auf Dinnerparties" mit Mitgefühl für Russland und seinen Präsidenten Wladimir Putin schwärmen und eine "allgemeine Tendenz haben, Moskau zu entschuldigen und dem Westen die Schuld zu geben".

Er nennt zahlreiche Beispiele für solche Personen, darunter Gabriele Krone-Schmalz (Moskau-Korrespondentin bei der ARD 1987 – 1992), Klaus von Dohnanyi (SPD-Bürgermeister von Hamburg 1981 – 1988, einer Stadt, die er als "place d'armes" für Russlandverstehler bezeichnet), Gerhard Schröder (SPD-Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 1998 – 2005), Sahra Wagenknecht (Die Linke, MP seit 2009), Bjoern Hoecke (AFD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag) und Eckhard Cordes (Vorsitzender der Ostkommission der Deutschen Industrie, Volvo-Vorstand).

Doch neben den Ansichten, die er als unzureichend feindselig gegenüber Russland erachtet, **behauptet Elletson weiter, dass diese Gruppe tatsächlich eine wichtige Facette der russischen Informationskriegsoperationen im Land darstellt** - und vom russischen Staat zu diesem Zweck aktiv "kultiviert" worden sei.

Der Nachweis für eine solche "Kultivierung" ist stets dünn bis gar nicht vorhanden. Einzelpersonen mit vergangenen und gegenwärtigen wirtschaftlichen Interessen in Russland und / oder an russischen Unternehmen oder Leute, die in irgendeiner Weise mit solchen Unternehmen in Verbindung stehen (oder standen), **sind für Elletson allesamt Einflussagenten des Kremls**. Gleiches "gilt" für Personen, die mit Russland Handel treiben (oder einmal mit Russland gehandelt haben) sowie für Mitglieder eines deutsch-russischen Forums (politisch, industriell oder anderweitig); ebenso für Leute, die in den russischen Medien auftraten oder bei einer von einer russischen Organisation ausgerichteten Veranstaltung eine Rede gehalten haben; und auch für Personen, die Mitglieder einer Organisation sind, die eine Veranstaltung moderiert hat, bei der ein oder mehrere Russen als Redner aufgetreten waren; sowie bezüglich anderer trivialer und äusserst dürrer "Verflechtungen."

MI6-Agent Harold Elletson benennt "Russlandverstehler"

DER MI6-AGENT HAROLD ELLESTON BENENNT "RUSSLANDVERSTEHER"

Schroeders kommerzielle Interessen sind ein Symptom dafür, aber sie sind bei weitem nicht die einzige Manifestation der Beziehungen, die führende *Russlandverstehler* mit Organisationen geknüpft haben, die ein grosses Interesse an Russland haben. Die Brüder Voscherau liefern eine interessante Fallstudie. Eggert Voscherau ist Mitglied des Aufsichtsrats der BASF, des weltweit grössten Chemieproduzenten mit Sitz in Ludwigshafen, zu dem das Öl- und Gasunternehmen Wintershall gehört. Er war Mitglied zweier grosser Regierungskommissionen in der Zeit Schröders – Hartz und Rürup –, die Pläne für die Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreform ausarbeiteten. Er war auch Mitglied des Beirats der Deutschen Bahn AG, deren damaliger Vorsitzender Hartmut Mehdorn war, ein führender Geschäftsmann, der zuvor in Hamburg tätig war und später Mitglied des Beirats der staatlichen russischen Eisenbahngesellschaft RZD wurde. Von 2006 bis 2009 war Eggert Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG (früher NEGP), der Schröder beigetreten ist. Sein Bruder Henning, Rechtsanwalt und ehemaliger Bürgermeister von Hamburg, einer SPD-Hochburg, wurde Vorsitzender der South Stream AG, einem Joint Venture zwischen Gazprom und dem italienischen Energiekonzern ENI, an dem Wintershall mit 15% beteiligt war.

Bei der Verkündung von Henning Voscheras Ernennung sagte Gazprom-Chef Alexei Miller: "Wir sind davon überzeugt, dass die Erfahrung und die Autorität von Henning Voscherau dazu beitragen werden, dieses strategisch wichtige Projekt erfolgreich und fristgerecht abzuschliessen."

Diese Paranoia nimmt sogar stellenweise einen fremdenfeindlichen Charakter an, wenn der MI6-Agent anmerkt, dass bestimmte Russlandverstehler eine russische Abstammung haben, in der ehemaligen DDR aufgewachsen sind oder Verwandte dort haben.

"Ein wichtiger Faktor bei der Verbreitung von Verzerrungen und Unwahrheiten ist die grosse russischsprachige Gemeinde in Deutschland (fast 2,3 Millionen, so einige Schätzungen). **Sie haben ihre Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion und viele schauen immer noch russisches Fernsehen, hören Radio oder lesen Zeitungen**. Sie teilen oft Geschichten im Internet und helfen, **bewusst oder unbewusst**, Moskaus verzerrte Versionen der aktuellen Ereignisse zu verbreiten," schreibt er.

Hüte dich vor Trollen

Man kann einen "kultivierten" Russlandverstehler daran erkennen, so Elletson, wenn er Aussagen in Übereinstimmung mit einer von 21 angeblichen "Schlüsselbotschaften" des Kremls macht. Dazu gehören u.a.: "Deutschland und Russland haben eine 'besondere Beziehung' zueinander gehabt und sollten diese wieder aufnehmen; Russland hat legitime Interessen und der Westen sollte diese respektieren; **der Westen hat Russland mit der NATO-Osterweiterung betrogen**; 'Wikileaks' und Snowden zeigen, dass der Westen in seinem Umgang mit Deutschland nicht offen war; **die Georgien-Krise war das Ergebnis der georgischen Aggression**; Russland hat einen legitimen Anspruch auf die Krim; die ukrainische Revolution war in Wahrheit ein Staatsstreich; Sanktionen gegen Russland sind kontraproduktiv und werden der deutschen Wirtschaft schaden; die Syrienkrise kann nicht ohne russische Unterstützung gelöst werden, die dazu beigetragen hat, die Verbreitung von ISIS [Daesh] zu verhindern."

Im Grunde genommen gilt jeder Deutsche als Handlanger Putins, wenn er auch nur im Entferntesten die NATO, den Westen, das weltweit vorherrschende politische westliche Narrativ oder gar eine ir-

gendwo auf der Welt zum Einsatz kommende Regierungspolitik mit negativer Auswirkung auf Russland kritisiert. In diese Geltung inbegriffen ist auch jeder, der Russland nicht ausnahmslos als Schurkenstaat ansieht. Dass diese Ansichten die legitime Meinung einer Person darstellen könnten oder dass sie einen potenziellen Wahrheitsgehalt haben, steht völlig ausser Frage.

Der Gruppen-Koordinator Harold Elleston skizziert die vermeintlichen "Kernaussagen" des Kreml

Zu seinen Kernaussagen gehören folgende Punkte:

- Deutschland und Russland hatten in der Vergangenheit eine "besondere Beziehung" und sollten diese wieder aufgreifen.
- Die Kriegsschuld Deutschlands bedeutet, dass Deutschland besonders vorsichtig und respektvoll mit Russland umgehen sollte.
- Russland hat legitime Interessen, und der Westen sollte diese respektieren.
- Russland muss bei der Festlegung der zukünftigen Sicherheitsarchitektur Europas eine Stimme zukommen; es kann keine Sicherheit ohne Russland und keine Sicherheit gegen Russland geben.
- Der Westen hat Russland mit der Ausdehnung der NATO und durch die Stationierung von Raketen in Teilen des ehemaligen Sowjetreiches getäuscht.
- 'Wikileaks' und Snowden zeigen, dass der Westen in seinem Umgang mit Deutschland nicht offen war und versucht, deutsche Bürger mit neuen Überwachungsmethoden zu kontrollieren.
- Putin ist zu Recht gegen westliche NGOs vorgegangen, weil sie oft von Washington aus kontrolliert werden.
- Die Georgienkrise war nicht Putins Schuld, sondern das Ergebnis der georgischen Aggression.
- Die Ukraine sollte eine "Brücke" zwischen der EU und Russland sein; man hätte die Ukraine nicht vor die Wahl stellen dürfen, sich entweder für eine Zollunion mit Russland oder ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu entscheiden.
- Russland hat einen berechtigten Anspruch auf die Krim.
- Es mag falsch von Putin gewesen sein, militärische Massnahmen zu ergreifen, aber was er tat, unterschied sich nicht von dem, was die NATO im Kosovo getan hat.
- Westliche Regierungsoberhäupter sollten für den NATO-Angriff auf Belgrad, der nur durchgeführt wurde, weil die USA gegenüber russischen Interessen feindlich eingestellt war, vor Gericht gebracht werden.
- Das Referendum auf der Krim war genauso gültig wie die Abstimmung im Kosovo über die Loslösung von Serbien.
- Die ukrainische Revolution war in Wahrheit ein Staatsstreich.
- Die ukrainische Revolution wurde von extremen Nationalisten und Faschisten kontrolliert oder unterwandert und diese leiten jetzt das Regime in Kiew.
- Die Ukraine ist ein Failed State [ein gescheiterter Staat – A.d.Ü.].
- Die Ukraine ist gespalten; die Ostukraine ist wirklich russisch und es sollte ihr Autonomie / Unabhängigkeit zugesprochen werden.
- Präsident Poroschenko ist ein "Oligarch" und sollte nicht von Kanzlerin Merkel empfangen werden.
- Der Westen hat niemals mit Russland Rücksprache gehalten und in der Ukraine bewusst einen Konfrontationskurs verfolgt.
- Sanktionen gegen Russland sind kontraproduktiv für deutsche Geschäfte und schaden der deutschen Wirtschaft.
- Die Syrienkrise kann nicht ohne Putin gelöst werden, und die russische Unterstützung für Assad hat entscheidend dazu beigetragen, die Verbreitung von ISIS zu verhindern.

Elleston behauptet, dass diese "Kernbotschaften" auch unaufhaltsam von einer riesigen Armee von "Pro-Kreml-Trollen" und Bots in verschiedenen sozialen Netzwerken ausgehen. Doch trotz der Feststellung, dass "das Ausmass der russischen Bemühungen, die [öffentliche – A.d.Ü.] Meinung in Europa [über] falsche Konten auf Facebook und Twitter zu beeinflussen" gut dokumentiert sei, **liefert er keine Beweise für derartige "Operationen" in Deutschland oder anderswo**, sondern beruft sich zu diesem Zweck lediglich auf die unbestätigten Behauptungen einiger weniger Quellen.

So zitiert er Ingo Mannteufel, den Abteilungsleiter der *Deutschen Welle* für Russland, mit den Worten: "Mit Hilfe von sozialen Bots werden falsche Nachrichten und Internet-Memes verbreitet ... (Anm. Billy: Das Wort <Meme> ist ableitung vom griechischen Wort <mimema>, das <etwas Nachgeahmtes> bedeutet, und geprägt wurde es 1976 vom Biologen Richard Dawkins, der es in der weise abgekürzte, dass er sich auf <Gen> reimt.

Memes werden aus Bildern, Blogs, Videos, Webseiten oder aus Texten konstruiert, die wie ein Lauffeuer über das Internet verbreitet werden. In der Regel handelt es sich dabei um aussagekräftige Motive, denen zusätzlich ein Text zugefügt wird, wodurch das Ganze jeweils eine neue Bedeutung erhält) die Überflutung von Leserforen auf internationalen Medienseiten mit Pro-Kreml-Kommentaren ist ein Teil davon ...". Zur Untermauerung dieser Aussagen behauptet Elletson, dass die russischsprachigen Facebook-Seiten dieser Nachrichtenagentur "wiederholt mit Beiträgen, die von russischsprachigen Konten ausgegangen waren, angegriffen worden seien". **Ob diese "Angriffe" tatsächlich stattgefunden haben, oder ob die Konten automatisiert, geschweige denn regierungsgesteuert waren, ist nicht klar.** (Anm. Billy: Das Wort <Meme> ist abgeleitet vom griech. Wort <mimema>, das <etwas Nachgeahmtes> bedeutet; geprägt wurde es 1976 vom Biologen Richard Dawkins, der es abgekürzte, damit es sich auf <Gen> reimt.

Memes werden aus Bildern, Blogs, Videos, Webseiten oder aus Texten konstruiert, die wie ein Lauffeuer über das Internet verbreitet werden. In der Regel handelt es sich dabei um aussagekräftige Motive, denen zusätzlich ein Text zugefügt wird, wodurch das Ganze jeweils eine neue Bedeutung erhält).

Ebenso tauchen Bemerkungen von Adrian Chen auf seinem Internet Research Agency-Profil 2015 auf – "Russlands Informationskrieg könnte als die grösste Troll-Operation der Geschichte bezeichnet werden, und er hat nichts Geringeres zum Ziel als die Nutzbarkeit des Internets als einen demokratischen Raum," schrieb er.

Elletsons Verweis auf Chens brisante Kommentare ist seltsam, **da der Journalist diese Analyse in den letzten Jahren entschieden verworfen hat.** Als beispielsweise im Februar 2018 die Behauptungen über eine vom russischen Staat unterstützte, über soziale Medien ausgeübte Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl 2016 hochkochten, tauchte er auf MSNBC auf, um mit der Vorstellung aufzuräumen, dass solche Bemühungen irgendeinen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis gehabt hätten.

"Das ist nicht besonders effektiv....**es ist im Grunde genommen eine Marketingkampagne auf sozialen Medien...die von Leuten betrieben wird, die der englischen Sprache [kaum] mächtig sind** und die [kein] vollständiges Verständnis davon haben, wen oder was sie da ins Visier nehmen müssen. **Der Paranoia-Aspekt,** die Idee, dass es diese allmächtige Propagandamaschine gibt, dass es jedem, der etwas twittert was einem nicht gefällt oder im Internet Ärger macht, angekreidet werden kann, mit Russland unter einer Decke zu stecken ... **nimmt beunruhigende Ausmasse an.** Es gibt nicht viele Leute, die sagen: "Lasst uns mal kurz inne halten, das ist doch keine so grosse Sache," warnte er.

Elletson räumt ein, dass solche Taktiken "nicht neu" sind und Russland nicht das einzige Land ist, das darauf zurückgreift. Er merkt dabei an, dass **"die Israelis mit Hilfe von Trollen eine ausgeklügelte Operation entwickelt haben, um der pro-palästinensischen Berichterstattung in den europäischen Medien entgegenzuwirken"** – doch bleibt die Frage, welche anderen Staaten den Versuch unternehmen, die Debatte in Deutschland und anderswo durch Online-Aktivitäten zu beeinflussen und in welcher Weise das geschieht, ungestellt sowie unbeantwortet.

Trotz dieses eklatanten Beweisdefizits folgert der MI6-Agent zuversichtlich, dass "falsche oder verzerrte Geschichten [in den russischen] Medien, hilfreiche Kommentare, Reden und Artikel von gut platzierten 'Putinverstehern' sowie Blogs, Tweets oder Kommentare im Internet alle dazu beitragen, den 'Informationslärm' im Sinne des Kremls zu erzeugen und die Argumente für die deutsche Solidarität mit der NATO und der EU zu untergraben."

Elletson verleumdet Rossotrudnitschestvo und dessen Mitarbeiter

Die Website von Rossotrudnitschestvo in Deutschland liefert nur wenige Hinweise zu diesem Aspekt des Organisationsmandates. Es ist voll von ermutigenden Neuigkeiten über bevorstehende Konzerte und Ausstellungen – eine Aufführung von "Pinocchio" durch die russischsprachige Berliner Theatergruppe "Telekompaschka" und ein Konzert des Uraler Mussorgsky-Konservatoriums. Ein Hinweis auf dessen wahre Natur und auf die Aufgabe der Koordinierung von Russlands "Soft Power", die der Organisation vom Kreml zugedacht wurde, könnte durch einen Blick auf die Art von Personen offenbar werden, die in dem Unternehmen beschäftigt sind.

In Berlin ist Alexander Anisimov stellvertretender Direktor von Rossotrudnitschestvo. Er ist jemand mit viel Erfahrung ausserhalb seines Fachgebietes, des Kulturaustauschs. Er ist ein Public Relations- und Kommunikationsspezialist und das, was die Russen als "Politischen Technologen" bezeichnen. Nach seiner Ausbildung an der Diplomatischen Akademie des russischen Aussenministeriums arbeitete er für die Remova-Gruppe (Afro-Asien) und für das mit Gazprom verbundene Öl- und Gasunternehmen ITERA, wo er die Regierungsbeziehungen und die PR-Abteilung von 2003 – 2009 leitete. Er ist ein Überflieger, der sowohl als Berater von Michail Gorbatschow gearbeitet als auch die Duma sowie die russische Regierung im Bereich internationale Angelegenheiten beraten hat, und zwar interessanterweise als Geschäftsführer des Petersburger Dialogs.

Es hat ganz den Anschein, dass er und seine Kollegen in Berlin womöglich weit mehr tun, als nur für die Kinderaufführung von "Pinocchio" zu werben.

Dass eine Arbeit von so zweifelhaftem Inhalt – verfasst von einer Person, die keine einschlägige akademische Qualifikation jedweder Art vorweisen kann und die eine berufliche Laufbahn verfolgt, die Spionagetätigkeiten unbestimmter Art umfasst, welche sich gegen genau jenes Land richten, über das der Autor schreibt – offenbar in "hochrangigen deutschen Politikerkreisen, einschliesslich des Kanzleramtes", verbreitet wurde und dabei mächtige Persönlichkeiten, wenn nicht gar die Staatspolitik selbst, beeinflussen haben könnte, ist in höchstem Masse bedenklich.

Dennoch ist der "Bericht" sehr aufschlussreich, **denn er zeigt, wie verzweifelt die Initiative versucht, die deutsch-russischen Beziehungen zu beschädigen.** Wie Elletson selbst zugibt, wären die Folgen einer "besonderen Beziehung" zwischen Russland und Deutschland "äusserst schwerwiegend", da es eine "Beendigung der deutschen Westbindung" zur Folge haben könnte - was der NATO einen schweren Schlag versetzen würde und die Transformation der stark am Westen orientierten Europäischen Union in einen ostwärts gewandten Block zur Folge hätte."

Dies sind Zukunftsperspektiven, welche die Organisation - und damit die britische Regierung und die NATO - nicht ertragen kann. Um also die tiefe und kohärente Bindung zwischen Russland und Deutschland zu schwächen, beabsichtigt sie, eigens einen böartigen "Informationskrieg" in Deutschland zu führen und ist bestrebt, eine Reihe einflussreicher Persönlichkeiten im Land zu diesem Zweck zu gewinnen. In meinem nächsten Artikel werde ich darüber berichten, um wen es sich dabei handelt und warum sie so attraktive Ziele für die Aufnahme in die Gruppe darstellten – obgleich Schlüsselfragen, die ich und viele andere zu der Initiative haben, auf absehbare Zeit ungeklärt bleiben dürften.

Nämlich: Warum ist ein von der britischen Regierung finanzierter "Think Tank" mit Sitz in London, der sich überwiegend aus Personen mit militärgeheimdienstlichem Hintergrund zusammensetzt, bestrebt, sich in die Angelegenheiten einer ausländischen 'Demokratie' einzumischen – und mit welchem Recht?

Quelle: <https://de.sott.net/article/33317-Der-verzweifelte-Versuch-der-Integrity-Initiative-die-deutsch-russischen-Beziehungen-zu-sabotieren>

Auszug aus dem Infobrief vom 23.02.2019 des „Verein Deutsche Sprache“ Gendergerechte Sprache in Dortmund



Bild: pixabay / geralt, Pixabay-Lizenz

Nach Hannover will nun auch Dortmund die gendergerechte Sprache in der Verwaltung einführen. Man werde sich an Hannover orientieren, aber eine eigene Richtlinie verfassen. Das werde den Schriftverkehr nicht verkomplizieren, so die Gleichstellungsbeauftragte Maresa Feldmann: „Man gewöhnt sich an alles in der Sprache.“ Sigrid Nieberle, Literaturwissenschaftlerin an der TU Dortmund meint: „Behörden müssen sich sehr konkret ausdrücken, damit sie rechtssicher und verlässlich kommunizieren können“. Unerwähnt bleibt die Frage, in welchem Masse eine nicht mehr lesens- und hörensweite Sprache noch ernstzunehmen wäre. (ruhrnachrichten.de)

Das Publikum mit Moral einseifen

Framing lässt sich kurz und knapp mit Schönreden übersetzen, oder mit Manipulieren. Schon diese Unterscheidung zeigt, worum es geht: Das Publikum – in diesem Falle der ARD – soll beeinflusst werden. Dazu gibt es ein internes Handbuch, es soll den Mitarbeitern dienen, „nicht, damit aus ihnen bessere Journalisten werden, sondern um selber ein bisschen zu manipulieren und die Themen ihrem Publikum

umso wirkungsmächtiger zu verkaufen“, bemerkt die Neue Zürcher Zeitung. Fast könnte man meinen: nun aber bewusst, also nicht mehr versehentlich. (nzz.ch, spiegel.de)

Berufsvorbereitungsjahr Sprache

Das 2015 in Rheinland-Pfalz eingeführte Berufsvorbereitungsjahr Sprache (BVJ-S) richtet sich an zugewanderte Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren ohne Schulabschluss. Das Schuljahr soll auf eine anschliessende Berufsreife oder duale Ausbildung vorbereiten. Sowohl fachliche als auch sprachliche Kompetenzen sollen ausgebaut werden. Ziel ist, dass die Jugendlichen mit Ende des Schuljahres das Sprachniveau B1 erreichen. Seit dem laufenden Schuljahr wird ein ähnliches Jahr auch für ältere Zugewanderte bis zu 25 Jahren angeboten. (t-online.de) Quelle: https://infobrief.vds-ev.de/newsletter_view.php?id=96

Abgeordnete: Denn sie wissen nicht, was sie beschliessen

hwiludwig Veröffentlicht am 26. Februar 2019

Die Vertreter des Volkes, die im „Hohen Hause“ die Gesetze beschliessen, kennen selbstverständlich deren Inhalt und Bedeutung genau, wissen, ob die Gesetze zum Wohl oder zum Schaden des Volkes sind; denn im letzteren Fall dürften sie sie ja nicht verabschieden. Diese verbreitete Meinung über die Funktion der Gesetzgebung beruht aber auf Unkenntnis; sie ist ein Irrtum, eine Illusion. Die Parlamentarier wissen zum grössten Teil nicht, was sie beschliessen. Sie nicken die meisten Gesetze nur mechanisch ab; sie sind hochbezahlte Gesetzgebungs-Marionetten.

Eingeständnisse

Am 12.5.2005 stand im Bundestag die Abstimmung über die (später gescheiterte) EU-Verfassung an, die bedeutende Einschränkungen der nationalen Souveränität vorsah. Das ARD-Magazin Panorama befragte am Morgen Abgeordnete aller Fraktionen auf dem Wege ins Parlament über wesentliche Inhalte. Auf die Frage z.B., wo die EU in Zukunft allein zuständig sein soll (Zoll-Union, Wettbewerb im Binnenmarkt, Euro-Währungspolitik), wusste keiner der Befragten eine Antwort; eine SPD-Abgeordnete meinte die europäische Verteidigungspolitik. Auch die Frage, welche qualifizierten Mehrheiten in Brüssel für ein europäisches Gesetz notwendig seien – in den Zeitungen vom Tage stand noch: 55 % der Mitgliedsstaaten mit mindestens 65 % der EU-Bevölkerung sind nötig –, konnte niemand der fünf Befragten beantworten.

Die Moderatorin fasste zusammen: *„Was sie da heute beschlossen haben, ist also nicht allen Abgeordneten klar. Umso klarer war allerdings das Ergebnis: 569 stimmten für die Verfassung, die sie wohl kaum gelesen haben. Das sind satte 95 %. In Vielfalt geeint? So das Motto der EU. Heute muss es eher heissen: in Unwissenheit geeint.“*¹

Im Spätherbst 2007 attestierte Bundeskanzlerin Merkel dem Entwurf des Lissabon-Vertrages, der listig zu 90% die gescheiterte EU-Verfassung ersetzte, ein „Maximum an Unverständlichkeit“.² Sie hatte die Fülle der vertraglichen Einzelheiten mit ihren vielfältigen Verflechtungen also offensichtlich nicht verstehen können. Trotzdem unterschrieb sie den Vertrag wenig später, am 13. Dezember 2007, in Lissabon. An der Abstimmung im Bundestag nahm der SPD-Abgeordnete Dr. Scheer nicht teil, da ihm ein vollständiger Vertragstext nicht vorgelegen habe und insofern die Voraussetzung für eine entsprechende Abstimmung fehle. Andere Abgeordnete behaupteten, erst 7 bzw. 9 Tage vorher über eine konsolidierte Fassung verfügt zu haben, in denen ein kompliziertes Vertragswerk von 479 Seiten unmöglich gedanklich durchdrungen werden konnte.³

Der Text ist zudem derart kompliziert, dass der Staatsrechtler Prof. Dietrich Murswiek am 20.2.2009 vor dem Bundesverfassungsgericht sagte: *„Die Grundlagen der Europäischen Union werden in einem Text formuliert, den nur wenige Experten verstehen können, aber nicht das Volk, von dem doch alle öffentliche Gewalt ausgehen soll, und auch nicht die Abgeordneten, die dieses Volk repräsentieren.“*⁴

Im September 2011 ging es im Bundestag im Rahmen der Eurorettung um die Frage des deutschen Anteils der Kredite. Einleitend sagte Bundestagspräsident Prof. Lammert: *„Wir entscheiden über ein Projekt, das nicht wenige für das wichtigste einzelne Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode halten.“* Da müsste ja jeder genau Bescheid wissen, um verantwortlich abstimmen zu können. Reporter der ARD hatten indes vorher Abgeordnete aller Fraktionen und Ausschüsse befragt, wieviel Geld für Deutschland auf dem Spiel stehe. Nach fünf befragten Abgeordneten wusste schliesslich einer die exakte Zahl: 211 Milliarden.⁵

Im Juli 2012 stimmte in einer Sondersitzung der Bundestag einem weiteren Paket von 100 Milliarden aus dem ESFS für die „Rettung“ der spanischen Banken zu (deutscher Anteil 29 %). Dazu sagte zuvor im ARD-Morgenmagazin der FDP-Finanzexperte Jürgen Koppelin auf die Frage, ob er glaube, dass die meisten Abgeordneten richtig verstehen, was da in diesen vielen Seiten mit Fachbegriffen bestückt steht: *„Da sage ich ein klares Nein. Wir alle,... wir haben es nicht in der Schule gelernt oder im Studium gehabt. Ich sehe den einen und anderen Kollegen, die da alle sehr klug sagen, man muss dafür sein, man muss dagegen sein.“*

*Wenn wir alle so klug wären, sässen wir längst im Vorstand einer grossen Bank und nicht im Deutschen Bundestag.“*⁶ Für den Antrag votierten 473 Abgeordneten, bei 97 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen.⁷

Objektive Unmöglichkeit

Es geht hier nicht um die Bequemlichkeit und Faulheit einzelner Abgeordneter, sich mit den Dingen gründlich zu befassen. Die gibt es natürlich. Es geht darum, dass sowohl die Fülle als auch die fachliche Komplexität des zu Beschliessenden es unmöglich machen, dass sich jeder in der gebotenen Zeit fachkundig machen kann. Hinzu kommt, dass die Beschlussvorlagen den Abgeordneten oft erst kurz vor dem Abstimmungstermin zugeschickt werden. Der langjährige CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach sagte dazu: *„Also es ist ein klassischer Fall objektiver Unmöglichkeit, alles zu lesen und dann auch noch gedanklich zu durchdringen, was man als Abgeordneter an Vorlagen, an Ausschuss-Drucksachen bekommt. Und deswegen muss man sich ja gerade in vielen Fällen auf diejenigen verlassen, die die Detailkenntnis haben müssen, weil es deren Thematik ist.“*

Und der erfahrene Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele ergänzte: *„Zumal es ja häufig auch nicht alles zu verstehen ist. Also ich gebe ohne weiteres zu – ich bin selber Jurist – aber das sind in der Regel juristische Texte, und sich da durchzuquälen Also wir haben bei der Gesundheitsreform, auch bei anderen, auch bei den europäischen Rettungsschirmen, manchmal ein paar Tage vorher oder manchmal am Abend vorher so einen Haufen Papier bekommen. Und das wäre überhaupt nicht möglich, auch das nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige das zu verstehen, nein, nein. Das geht nicht. Es ist in der Tat so, man muss sich konzentrieren, und das bedeutet dann, wenn das wichtige Themen sind, die nicht in die eigene Fachkompetenz fallen, dass man natürlich auch Nachtschichten machen muss. So ist das. Die Bürgerinnen und Bürger sehen das alles nicht, die sehen uns dann nur vielleicht am nächsten Tag im Plenum sitzen und vielleicht irgendwann die Hand heben oder mal klatschen. Aber das setzt unendlich viel Arbeit voraus. Aber völlig richtig: Wenn ich mal abschätze, wieviel von den Gesetzen, wie ich jetzt weiss, die ich mit verabschiedet oder wesentlich gestemmt (?) habe, dann ist das vielleicht ein Fünftel oder ein Zehntel höchstens, dass ich da durchblicke.“*⁸

Experten entscheiden

Der Bundestag entscheidet über so viele Fragen, die spezifische Fachkenntnisse voraussetzen, dass sich die Abgeordneten auf ein oder zwei Fachgebiete konzentrieren, in denen sie vorgebildet sind oder sich einarbeiten. Das sind dann die Experten, die sich auch in entsprechenden Ausschüssen zusammenfinden und die, wie W. Bosbach formulierte, *„die Detailkenntnis haben müssen“*. Bei Gesetzesvorhaben geben sie für die anderen ihre Stellungnahme ab, auf die sich diese dann verlassen und entsprechend abstimmen, ohne den Inhalt selbst durchschaut zu haben; was ja bedeutet, dass sie, wie das Volk sagt, zum „Stimmvieh“ werden. Das ist nicht nur ein Vorgang der Entdemokratisierung, sondern der Entmenschlichung.

Innerhalb der Elite der Abgeordneten gibt es also noch mal eine wechselnde kleine Elite von Experten, die letztlich die Entscheidungen vorgeben und denen die anderen mehr oder weniger mechanisch folgen. Die Abstimmung des Gesamtparlaments ist ein täuschendes Schauspiel für die naiven Wähler, denen etwas vorgespielt wird. Demokratie beruht auf der Selbstbestimmung des Einzelnen, die nur aus eigener Erkenntnis möglich ist und verantwortet werden kann. Sie gibt dem „Hohen Haus“ ihre Würde. Hier geben aber die meisten immer wieder ihre Freiheit und Würde auf, um in blindem Vertrauen den Vorgaben anderer zu folgen. Demokratie als Farce.

Auch in den Ministerien, in denen die Gesetzentwürfe nach Vorentscheidung der Parteexperten des Vorstandes der Regierungspartei in der Regel ausgearbeitet werden, haben die Beamten oft nicht genug Fachkenntnisse, so dass Berater und Experten von aussen hinzugezogen werden, deren Vorschläge dann in die Formulierungen einfließen – ein einflussreiches Betätigungsfeld für Lobbyisten aus Denkfabriken, Finanz-Wirtschaft und internationalen Organisationen, ihre speziellen Interessen geltend zu machen.

So ging kürzlich die Meldung durch die Medien, die Bundesregierung lasse sich in mehr als 280 Kommissionen, Beiräten und Arbeitskreisen von mehr als 3000 Experten regelmässig beraten. *„Die FDP-Abgeordnete Katharina Willkomm sagte der „Bild“: „Es ist beeindruckend, endlich Schwarz auf Weiss zu sehen, welche Heerscharen an Verbänden und Lobbyisten, Unternehmen und Forschern die Regierung regelmässig in ihre Arbeit einbezieht.“ In den Regierungs-Gremien sitzen nach Angaben der Ministerien Tausende Vertreter von ADAC, aus der Pharma-Industrie oder aus grossen Auto-Konzernen wie VW oder BMW. Allein das Gesundheitsministerium beschäftigt demnach 63 Experten-Gremien. Das Landwirtschaftsministerium komme auf 53 Kommissionen und Beiräte.“*⁹

Will die Fäden ziehende Spitze der Regierungspartei in besonders wichtigen Gesetzesvorhaben auch ein abweichendes Abstimmungsverhalten der sich gerne mal der Fraktionsdisziplin entziehenden Querdenker verhindern, sorgt sie dafür, dass ihnen die Unterlagen erst knapp vor der Abstimmung zugeschickt werden, so dass es ihnen unmöglich ist, die Materie noch zu durchdringen.

Wenn man die Parlamentszusammensetzung auf die Experten der verschiedensten Lebensgebiete, über die Gesetze gemacht werden, reduzierte und die gedankenlosen Claqueure zu Hause liesse, würde die Herrschaft der Experten, die Diktatur einer neuen Aristokratie, unverschleiert offenbar werden.

Konsequenzen

Wenn es objektiv unmöglich ist, weder quantitativ alle Gesetzesvorlagen zu lesen, noch qualitativ alle zu verstehen, muss sich doch die entscheidende System-Frage stellen: Gehören Entscheidungen über Lebensgebiete, die detaillierte Kenntnisse von Fachleuten voraussetzen, in ein Parlament von Dilettanten? Unwissende schreiben den Wissenden vor, wie sie zu handeln haben. Entsprechend sind auch vielfach die Minister der verschiedenen Ressorts keine Fachleute. So fragte 1992 einmal die SPD-Abgeordnete Matthäus-Maier im Bundestag kritisch an die FDP gerichtet, die über Jahre den Wirtschaftsminister stellte: „Erst hatten wir einen Bangemann, dann hatten wir den Haussmann, jetzt haben wir den Möllemann; wann kriegen wir als Wirtschaftsminister denn endlich einmal einen Fachmann?“

Doch selbst wenn sich Parlament und Ministerien aus lauter exzellenten Fachleuten für die verschiedensten Lebensgebiete zusammensetzen würden, die die denkbar besten Vorschriften erliessen, und die Minister alle Experten wären, bliebe das zentrale Problem der Macht bestehen, dass Fachleute in Parlament und Regierung den vor Ort tätigen Fachleuten vorschreiben, wie sie zu handeln haben. Es verstösst zentral gegen den Freiheits- und Selbstbestimmungs-Artikel 2 des Grundgesetzes, der nicht nur für die Freizeit gedacht ist.

Inhaltliche Regelungen des Wirtschafts- und des kulturellen (einschliesslich Bildungs-) Lebens gehören in die Hand der dort fachkundig tätigen Menschen, die sich zu je eigenen Selbstverwaltungen zusammenschliessen, in denen auf horizontaler Ebene koordinierende Vereinbarungen getroffen werden. Das staatliche Parlament hat allein die Aufgabe, das für die innere und äussere Sicherheit sorgende Recht zu setzen, für das jedermann urteilsfähig ist. Für die Lebensgebiete der Wirtschaft und Kultur hat das Parlament lediglich daraus folgende rechtliche Rahmenbedingungen zu beschliessen, durch die die Grundrechte geschützt und gesichert werden. Damit würden diese Gebiete nicht sich selbst überlassen, sondern von staatlichem Recht eingefasst, das für Gerechtigkeit und Sicherheit des Einzelnen sorgt, so dass er z. B. vor Ausbeutung und Unterdrückung im Wirtschaftsleben geschützt ist.

Anders kann die in Wahrheit bestehende Oligarchie einer politischen Kaste nicht in eine wirkliche Demokratie verwandelt werden.

Repräsentative und auch direkte Demokratie als Abstimmungsmechanismus mündiger urteilsfähiger Bürger kann sich nur auf das reine Rechtsgebiet beziehen, in dem jeder aus seiner Lebenserfahrung urteilsfähig ist. Sowie die Demokratie darüber hinausgeht und sich auf inhaltliche Regelungen in Wirtschaft und Kultur erstreckt, werden die dort fachkundig Arbeitenden einer Bevormundung und Diktatur unterworfen, die ihr Grundrecht auf Freiheit und Selbstbestimmung unterdrückt. Das heisst, hier hebt sich die Demokratie in ihrem Grundanliegen selber auf.

Auf diesen grundlegenden Systemfehler hatte schon Anfang des 20. Jahrhunderts Rudolf Steiner hingewiesen und die entsprechende „Dreigliederung des sozialen Organismus“ gefordert. Zu dieser Thematik sind hier schon einige Artikel erschienen.

Zur Vertiefung: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/22/aristokratische-demokratie/>
<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/03/macht-macht-untertan-die-unvereinbarkeit-von-staatlicher-macht-und-demokratie/>

- 1 ag.friedensforschung.de
 - 2 Junge Freiheit vom 28.12.07
 - 3 G. Wisnewski in info.kopp-verlag 6.6.08
 - 4 Ohrenzeuge Autor dieses Artikels H. Ludwig
 - 5 youtube.com 22.7.2017 ab min. 24:36
 - 6 <https://www.youtube.com/watch?v=UIVERlucPC0> ab min. 2:10
 - 7 zeit.de 19.7.2012
 - 8 Anm. 4 ab min. 25:00
 - 9 news-und-nachrichten.de 11.2.2019
- Genauer zu den Kosten: ikz-online.de 4.2.2019

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/02/26/abgeordnete-denn-sie-wissen-nicht-was-sie-beschliessen/>

Russlands Generalstabschef redet Tacheles über Amerika und ihre Verbündeten

Sott.net Sa, 02 Mär 2019 17:09 UTC

Wie gewohnt gelingt es Politikern der russischen Regierung, die Tatsachen der Weltpolitik unverblümt auf den Punkt zu bringen, ohne um den heissen Brei herumzureden. Der Generalstabschef der russischen

Streitkräfte und Vizeverteidigungsminister Waleri Gerassimow hat bei einer Pressekonferenz am Samstag die Aussenpolitik der USA und ihrer Verbündeten scharf kritisiert und dabei detailliert die Machenschaften dieser Allianz ausgesprochen.



Der Generalstabschef der russische Streitkräfte und Vizeverteidigungsminister Waleri Gerassimow hat bei einer Pressekonferenz am Samstag die Aussenpolitik der USA und ihrer Verbündeten als aggressiv bezeichnet sowie über die Ziele aufgeklärt, die mit dieser Vorgehensweise erreicht werden sollen.

~ Sputnik

Im Wortlaut sagte er unter anderem:

"Die USA und ihre Verbündeten haben den aggressiven Vektor ihrer Aussenpolitik bestimmt", sagte er. "Sie arbeiten Kampfhandlungen durch, die einen Angriffscharakter haben, wie "globaler Schlag" ("Global Strike") und "Multi-Sphären-Gefecht", und verwenden Technologien der Farbrevolutionen und der 'Soft Power'. Ihr Ziel ist es, den Staat in den unerwünschten Ländern zu vernichten, ihre Souveränität zu unterterminieren und die legitim erwählten Organe der Staatsmacht zu wechseln", so Gerassimow.

"Das war der Fall im Irak, in Libyen und in der Ukraine. Zurzeit werden analoge Aktivitäten in Venezuela beobachtet", betonte er.

~ Sputnik

Quelle: <https://de.sott.net/article/3332-Russlands-Generalstabschef-redet-Tacheles-uber-Amerika-und-ihre-Verbundeten>

Das Wort zum Sonntag: Im Dienst des Bösen

Von J. E. Rasch / Gastautor 3. März 2019 Aktualisiert: 2. März 2019 23:11

In diesem Kommentar geht es nicht um die Lehre Christi und die vielen Menschen, die sich aufrichtig bemühen, seiner Lehre der Liebe und Barmherzigkeit zu folgen. Es geht um die Entschleierung der Institution Kirche und der Menschen, die sich ihrer zu persönlichen Zwecken wie Macht und Gier bedienen.

Die sichtbaren Abgründe in der Römisch-Katholischen Kirche werden immer tiefer; sie war zwar schon seit mindestens 1200 Jahren und zu weiten Teilen ein Hort der Niedertracht, der Prasserei und der Doppelzüngigkeit, doch nun werden auch eine verbrecherische Triebhaftigkeit vieler ihrer Kleriker und die schäbige Vertuschung widerlichster Taten durch ihre Bistumsherren bis hinauf in die Kardinalsriegen mehr und mehr offenkundig. Die Opfer des abscheulichen Missbrauchs gehen inzwischen weltweit in die Hunderttausende.

Jahrhundertlang erhob diese Kirche, die sich barmherzig wähnte, im Namen eines vermeintlichen Gottessohnes den Anspruch, dem Wohl der Menschen und ihrem „Seelenheil“ zu dienen. Doch dahinter verbarg sich stets brutaler Machtwille und die narzisstisch überquellende Eitelkeit von Tycoonen in schwarzen und roten Soutanen. Die „Heilige Inquisition“ zeichnete über Jahrhunderte neben anderen, angeblichen Wächtern des Glaubens für hunderttausendfachen, wenn nicht millionenfachen, grausamen Mord an „Ungläubigen, Hexen und Verhexten, Sündern und Verlorenen“ verantwortlich, Sie tat sich nicht zuletzt durch ihr höchst widersprüchliches Verhältnis zu Sexualität und überhaupt zu Geschlechtlichkeit hervor.



Bischöfe.Foto: ANDREAS SOLARO/AFP/Symbolbild/Getty Images

Beim Blick auf die Methoden der „peinlichen Befragungen“ wird der Betrachter den erschütternden Eindruck nicht los, dass sich die ach so frommen Folterer bei ihrem grausigen „Werk“ gerne ihren sadistischen Neigungen hingeeben haben, bis hin zur ekstatischen Entladung ihrer eigenen, sehr irdischen Nöte.

Sexueller Missbrauch, erotisch aufgeladene Gewalt und körperliche wie seelische Unterdrückung Schutzbefohlener haben in der Römisch-Katholischen Kirche eine lange Tradition. Daneben war die Verfolgung von mehr oder weniger prominenten Häretikern nur eine inszenierte Schlacht um die „Wahre Lehre“, die man aber vorzugsweise mit den gleichen Mitteln führte wie den scheinheiligen Kampf um Sitte und Moral. Hexen und Satansanbeter waren nun einmal sehr komfortabel vorzuführen und spektakulär ins Feuer zu schicken.

Die Intellektuellen unter den gefährlichen Widersachern wurden indes von den machtgeilen Klerikern ganzer Generationen und Epochen ebenfalls nicht nur des philosophischen Verrats bezichtigt, sondern auch gleich einer nicht minder verwerflichen, sexuellen Hemmungslosigkeit, die sie doch selbst in ihren reich ausgestatteten Gemächern so gerne auslebten. Das alles schien im Vatikan und seinen unzähligen Lasterpalästen tatsächlich „im Namen des Bösen“ regelrecht zu erblühen, wie ein Menetekel des Weltuntergangs, den sie Apokalypse nannten. Zu Unrecht, denn Apokalypse, griechisch, heisst Enthüllung oder Entschleierung, das, was wir jetzt erleben. Für manche führt sie zum Untergang, zusammen mit ihrer bössartigen Welt, für andere zur Offenbarung und Erlösung aus dem Reich des Bösen.

Die vielen – es waren viel mehr, als der Klerus zugeben und offenlegen will – verklemmten, päderastischen, oft homosexuell verbrämten Priester, Kaplane und sonstigen Schwarzröcke, die sich in Pfarreien, Schulen und Kinderheimen auf eine unvorstellbar perfide Weise ihrer hilflosen Opfer „bedienten“, werden nun, nach schier unerträglich langen Jahrzehnten, immer weniger von ihren Prälaten und Bischöfen, Äbten und Kardinälen behütet. Und das nicht aus Überzeugung, sondern aus Angst vor Bestrafung für die eigenen Machenschaften. Diese lähmende Trägheit ist per se schon ein himmelschreiender Skandal, der ein zwingender Grund für eine sogar umfassende Anklage der gesamten kanonisch agierenden „Kirche“ sein muss. Angeklagt auch wegen Vertuschung von verbrecherischen Taten und Tätlichkeiten und deren bewusster Verschleppung vor relevanten Kammern unserer gesetzlich bestellten Gerichte.

Die Opfer, und zwar alle, die sich unter grossen Qualen nur sehr langsam, aber endlich doch ein gewisses Gehör verschaffen konnten, müssen in jeder Hinsicht nicht nur rehabilitiert und ins Recht gesetzt, sondern auch umfassend finanziell „entschädigt“ (dieses Wort klingt schier wie Hohn) werden. Selbst wenn das ihre Leiden nicht lindern und schon gar nicht wieder gutmachen kann. Das obliegt allein den Tätern und „ihrer“ Katholischen Kirche. Die milliardenschweren Bistümer, deren Bischöfe – nicht nur die in Deutschland – müssen dafür gleichermassen vor ein rechtsstaatliches und eben kein „kirchliches“ Gericht gestellt und entsprechend verurteilt werden.

Franziskus, der Papst, der mehr redet, als dass er handelt, muss jetzt nicht nur vereinzelte „Sündenböcke“ suspendieren. Er muss alle, die in irgendeiner Form an den Taten beteiligt waren oder sind, unverzüglich der Polizei übergeben lassen.

Das „System Römisch-Katholische Kirche“, eine religiös daher kommende Diktatur, wie sie im Buche steht, wird nur noch übertroffen vom Islam in allen seinen schrecklichen Abscheulichkeiten, die Frauen auf ganz subtile Art demütigt und Menschen unablässig diskriminiert. Zwar wurde sie mit Beginn der europäischen Aufklärung, spätestens nach der Französischen Revolution 1789, nach und nach aus den Einfluss-Sphären innerhalb der westlichen Nationen verdrängt, was jedoch nicht daran hinderte, dass sich die verschwiegene Soutanenträger immer wieder mit den Despoten ihrer Zeit arrangierten, sie sogar nach Kräften unterstützten. Das Spanien Francos im 20. Jahrhundert ist das beste Beispiel dafür.

Es ist hohe Zeit, diesem grässlichen Treiben ein Ende zu bereiten. Der Papst hat es immer noch nicht begriffen. Er redet nur davon, dass etwas „zu tun“ sei, statt die hinlänglich benannten Übeltäter jeglicher Herkunft und Position unverzüglich der Gerichtsbarkeit überstellen zu lassen. Er müsste im Grunde nur die Polizei rufen und Anzeige erstatten. Selbstverständlich müssen dann endlich die vielen Opfer entsprechend gehört und beachtet werden, so wie sich das geziemt vor einem Gericht.

Und „Seine Heiligkeit“ sowie seine ziemlich verkommene Hirtenschar müssen wohl unweigerlich dafür sorgen, dass dieser ekelhafte Missbrauch von Kindern, Frauen und Schutzbefohlenen nicht weiter möglich bleibt. Das heisst, Kontrolle zuzulassen, Öffnung der Einrichtungen, soweit ihnen Menschen zur Fürsorge und Erziehung anvertraut sind.

Dass sich diese Kirche umfassend reformieren muss, wenn sie überhaupt weiterbestehen will, ist inzwischen unbestritten. Dazu müssen einige Dogmen gänzlich fallen und diverse Lehren radikal verändert werden. Sonst wird sie nur als das weiterexistieren, was sie schon sehr lange ist: ein Syndikat mit den vielleicht schönsten Bauwerken aller Zeiten, seit Pontius Pilatus ins Credo kam.

Joseph-Emich Rasch – Jahrgang 1953 – schrieb und inszenierte diverse Theaterstücke sowie zahlreiche Sati-re-Programme. Er ist Dozent für Kommunikation, Rhetorik und Dialektik.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/das-wort-zum-sonntag-im-dienst-des-boesen-a2811478.html>

Ich bin nicht mehr links

Verena Friederike Hasel Zeit.de So, 03 Mär 2019 11:28 UTC

Verena Friederike Hasel fühlte sich politisch immer auf der richtigen Seite.
Inzwischen erlebt sie ihr Milieu als selbstgerecht, intolerant und realitätsfern.

Die längste Zeit meines Lebens war ich mir sicher, politisch auf der richtigen Seite zu stehen. Als Schülerin demonstrierte ich gegen den Golfkrieg, während meines Psychologiestudiums probte ich mit Häftlingen ein Theaterstück. Als die Flüchtlinge nach Deutschland kamen, nahmen wir nächteweise junge Männer aus Syrien und Afghanistan auf. Ich war links. Und links zu sein hiess für mich, aufgeklärt, kritisch und tolerant zu sein. Es bedeutete, an Gleichheit und Solidarität zu glauben und Menschen nicht einfach sich selbst zu überlassen. Diese Haltung war für mich politische und emotionale Heimat zugleich. Doch seit einiger Zeit verliere ich mein Gefühl der Zugehörigkeit. Das linksliberale Milieu, aus dem ich stamme, befremdet mich mehr und mehr.



Es gibt diesen Text, den Bekannte von mir immer wieder auf Facebook teilen: *"I want a dyke for president. I want a person with Aids for president and I want a fag for vice president."* Zu Deutsch: "Ich will eine Lesbe als

Präsidentin. Ich will einen Aids-Kranken als Präsidenten, und ich will einen Schwulen als Vizepräsidenten," und dann werden alle möglichen Minoritätenvertreter und Lebensverunglückte – darunter Transvestiten, Drogenabhängige und Kriminelle – als weitere Wunschkandidaten für das Präsidentenamt aufgezählt.

Der Text ist eigentlich ein Gedicht der lesbischen, feministischen Künstlerin Zoe Leonard. Und natürlich steckt dahinter ein emanzipatorischer Akt. Aber auf Facebook reichen einige meiner Bekannten das Gedicht nun wie ein politisches Manifest herum. **Die Zugehörigkeit zu einer Randgruppe wird so zur Schlüsselqualifikation erhoben. Diese Sakralisierung von Diskriminierungserfahrungen ist unter Linken inzwischen verbreitet.** Alle, die durch Herkunft oder Geschlecht Privilegien genießen, werden mit fast religiösem Eifer angehalten, Abbitte zu leisten. Freispruch dürfen nur diejenigen erwarten, die über Unterdrückungserlebnisse berichten können. So grotesk übersteigert, schreckt mich das ab.

Die Bekannten, die diesen Text auf Facebook gut finden, sind keine Eiferer und Geiferer, sondern nette Menschen, die mehrheitlich Rot und Grün wählen, abends gern noch Crémant auf dem Balkon trinken und, wenn's irgendwie geht, das Fahrrad zur Arbeit nehmen. Sie unterzeichnen Petitionen gegen Trump, verschenken Carolyn Emckes Buch *Gegen den Hass*, und ich verstehe sie immer weniger.

Neulich bei einem Abendessen hinter bodentiefen Fenstern mokierte sich eine Bekannte über all jene, die mit der EU nichts anfangen können. Sie selbst sei stolze Europäerin, und ihr Erasmus-Jahr, das sei einfach unvergesslich gewesen. Dass diese Art der europäischen Identitätsbildung einer Elite vorbehalten ist, fiel ihr gar nicht auf.

Diese gedankliche Enge versperrt auch den Blick auf die eigenen Widersprüche: Nationale Grenzen lehnt man zwar ab, aber die Grenzen rund um die eigene Komfortzone schätzt man umso mehr. Tatsächlich werden in meinem grossstädtisch geprägten Bildungsbürgermilieu linksliberale Ansichten längst als die einzig wahre Form von Menschlichkeit gesehen. Besonders deutlich wird das in der Flüchtlingspolitik. Es gebe doch tatsächlich Menschen, die für eine Obergrenze seien!, rief ein Bekannter bei einem Brunch in die Runde. Und alle schüttelten den Kopf. Unvorstellbar! Ich schwieg. Ich wollte den Morgen nicht verderben. Denn manchmal, habe ich festgestellt, ist die Stimmung auch unter denen, die prinzipiell für Vielfalt sind, nur so lange gut, wie alle einer Meinung sind.

Aber eigentlich hätte ich sagen müssen, dass man Obergrenzen durchaus sinnvoll finden kann und deshalb noch lange nicht irre ist. Selbstverständlich darf man den unkontrollierten Zuzug im Jahr 2015 problematisch finden, ohne ein Unmensch zu sein. Und auch die Ansicht, dass kriminelle Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden sollten, ist absolut legitim.

Fluchtbewegungen werden das 21. Jahrhundert bestimmen. Wir müssen also zwangsläufig über Formen der Begrenzung sprechen. Genauso wie wir darüber reden müssen, was wir dazu beitragen können, dass das Leben anderswo lebenswerter wird. Aber was machen meine linken Bekannten? Sie ziehen sich auf eine primitiv binäre Wahrnehmungsstufe zurück, die nur noch Schwarz oder Weiss kennt. Vor Kurzem twitterte einer von ihnen: "Flüchtlingskrise, Flüchtlingsproblem, Flüchtlingsfrage – ersetze Flüchtling durch Jude, und dann sieht man ja, wo das hinführt."

Sobald ein Mensch linken Gesellschaftsentwürfen widerspricht, wird schnell diagnostiziert, er sei angstgesteuert. Als Gegenmittel wird die Konfrontation mit der Realität verordnet. **Konservatives Denken, so die Botschaft, entsteht durch Lebensferne** (der hat wohl noch nie einen Flüchtling getroffen), ist aber glücklicherweise heilbar (wird Zeit, dass er einen kennenlernt).

Die linke Variante von Fake-News

Mich hat gerade die Berührung mit der Wirklichkeit an meinen linken Theorien zweifeln lassen. Als ich mit Gefängnisinsassen monatelang ein Stück einstudierte, habe ich Menschen kennengelernt, die mir den Glauben an die unendlichen Möglichkeiten der Resozialisierung genommen haben. Und gerade einige unserer syrischen und afghanischen Übernachtungsgäste haben mir klargemacht, wie unglaublich schwierig ihre Integration werden dürfte. Sehr gut erinnere ich mich noch, wie erleichtert einer von ihnen reagierte, als er sich versichert hatte, dass ich keine Jüdin sei, und wie ein anderer irritiert war, dass auch mein Mann das Baby wickelt. Mitleid erregte die Tatsache, dass wir zwar drei Kinder haben, aber nur Töchter.

Der ultimative Test für meine linke Gesinnung war jedoch die Einschulung meiner ältesten Tochter. Wir hatten die Wahl zwischen mehreren Schulen. Auf der einen, nahe gelegenen, gibt es kaum Migranten. Die andere, etwas weiter weg, hat einen Migrantenanteil von rund 80 Prozent. Gelebte Vielfalt, dachte ich, heisst ja nicht nur, im türkischen Supermarkt einzukaufen, weil sich das so schön nach Urlaub anfühlt. Also ging ich zu der zweiten Schule und sprach mit der Direktorin. Als ich ihr Büro verliess, war gerade Pause. Ich stellte mich auf den Schulhof, bis die Glocke zur nächsten Stunde läutete. Ich kam wieder und schaute mir noch eine Pause an. Kaum ein Kind sprach Deutsch, die meisten Türkisch oder Arabisch. Der Ton war rau, der Umgang ruppig. Später hörte ich von Kindern mit Migrationshintergrund, die Kinder ohne Migrationshintergrund mobbten. Ich meldete meine Tochter auf der anderen Schule an.

Sie ist sehr glücklich dort. Mir hängt die Entscheidung nach. Kann ich mich noch links nennen, obwohl ich für meine Tochter Homogenität statt Vielfalt gewählt habe? Aber würden das nicht die meisten tun? Sind Konservative da nur ehrlicher? Und Linke zu wenig aufrichtig? Die Angst, rassistisch zu wirken, ver-

stellt, finde ich, ihren Blick: Kinder mit Migrationshintergrund haben es schwer, aber manchmal machen sie es auch anderen schwer. Opfer sind Täter sind Opfer sind Täter. Nur wer diese Ambivalenz aushält, wird Lösungen finden.

Solche Überlegungen fallen mir nicht leicht, weil ich mir so sicher war, als politisch links stehend zu den Guten zu gehören. Insofern kommt es für mich einer Vertreibung aus dem politischen Paradies nahe, dass ich mich von dort entferne. Zugleich kann ich nichts dagegen tun. **Progressiv, das ist so ein Adjektiv, das ich immer mit Linkssein verbunden habe. Heute erscheinen mir viele Linke in ihrer Realitätsverweigerung eher regressiv.**

Anfang des Jahres traf ich eine alte Freundin auf der Strasse wieder. Es war kalt, und wir sprachen nur kurz, aber sie empörte sich trotzdem sofort über die Kölner Silvesternacht und das racial-profiling, das ihrer Meinung nach dort stattgefunden hatte. Meine Frage, wen die Polizisten denn hätten kontrollieren sollen, wenn nicht Männer, die den Tätern vom Vorjahr ähnelten, beantwortete sie nicht. Stattdessen sagte sie, dass die sexuellen Übergriffe damals doch nichts anderes als Oktoberfest-Grapschereien gewesen seien.

Diese Form von politischer Korrektheit ist für mich die linke Variante von Fake-News. Alles, was auch nur im Entferntesten mit dem Islam zu tun hat, ist im linksliberalen Milieu fast sakrosankt. Besonders deutlich wurde mir das bei der öffentlichen Vorstellung des Buches Inside Islam. Darin dokumentiert der ARD-Journalist Constantin Schreiber die Freitagspredigten, die er in 13 deutschen Moscheen gehört hat. Sein Fazit: hochpolitische Inhalte, Aufrufe zur Abgrenzung, antisemitische Hetze. Die Zuhörer, die zu der Präsentation in die Bibliothek des Verlages gekommen waren, reagierten irritiert: Ob er nicht befürchte, Applaus von den Falschen zu bekommen? Und ob er nicht in anderen Moscheen ganz andere Sachen gehört habe?

Mag sein. Aber man muss sich nur einmal vorstellen, was los gewesen wäre, wenn solche Äusserungen in irgendeiner Kirche in Deutschland gefallen wären. Sofort hätten alle, die sich links nennen, aufs Heftigste protestiert. Wo bleibt eigentlich der Aufschrei angesichts der Verfolgung von Frauen, Homosexuellen oder Christen in islamischen Ländern? Als Aussenstehender dürfe man sich da kein Urteil anmassen, das sei eben eine andere Kultur, höre ich dazu von einigen Linksliberalen. Damit sprechen sie einer ganzen Gruppe von Menschen aufgrund ihrer kulturellen Herkunft die Fähigkeit ab, sich aufgeklärt zu verhalten. Ist nicht genau das ein rechtes Denkmuster?

Vorbei auch die Zeiten, in denen sich Linke durch Diskussionsfreude auszeichneten. Als ein Zürcher Theater vor Kurzem eine Podiumsdiskussion anberaumte, an der – neben einem Mann von der SVP, der Schweizerischen Volkspartei, und zwei Personen vom linken Spektrum – auch ein AfD-Politiker teilnehmen sollte, protestierten Kulturschaffende so scharf, dass die Veranstaltung abgesagt wurde. Ich fragte einen Regisseur, den ich noch aus Studienzeiten kenne und der zu den Initiatoren des Protests gehörte, ob er denn nicht glaube, dass eine politische Auseinandersetzung mit der AfD nötig sei. Er habe sich schon in einem seiner Stücke intensiv mit der AfD auseinandergesetzt, antwortete er.

Wie er haben offenbar viele Linke das Selbstgespräch für sich entdeckt. Ist auch leichter, da widerspricht keiner. Und wer braucht schon Argumente, wenn er die Moral auf seiner Seite hat?

Wozu diese narzisstische Selbstüberhöhung führt, bekam ich neulich in Berlin mit. Im Mauerpark im Bezirk Prenzlauer Berg gibt es einen Abschnitt, in dem die Mitglieder des Mauergarten-Vereins ihre Hochbeete haben. Dort, unter vielen zugezogenen Bullerbü-goes-Berlin-Familien gärtner auch ein älterer Herr aus der DDR. Er kümmert sich um den Komposthaufen des Vereins. Schneidet Küchenabfälle klein, kauft kiloweise Würmer der Firma Superwurm, setzt sie hinein, schippt um und belüftet. Er macht Führungen für Schüler aus dem Wedding, von denen viele noch nie eine Tomate an einem Strauch gesehen haben. Vor einigen Monaten dann forderte ein anderes Vereinsmitglied per Mail den Ausschluss dieses älteren Herrn, weil er in der AfD ist. "Entnazifizierung" stand in der Betreff-Zeile. Ich habe den Mann getroffen. Er ist kein Björn Höcke. Er hat auf seinem Hochbeet auch nie eine AfD-Flagge gehisst. Er hat einfach nur Zucchini angebaut.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33323-Ich-bin-nicht-mehr-links>

US-Kriegshetzer John Robert Bolton

Eine Betrachtung und ein Studium in bezug auf US-Kriegshetzer John Robert Bolton, wozu ich mir die Mühe gemacht habe, mich in seine politische und private Geschichte einzustudieren, obwohl ich mich grundsätzlich nicht politisch betätige und diesbezüglich auch kein Interesse habe, folgedem ich mich davon fernhalte. Was ich aber hinsichtlich Politik und den Politikern und Politikerinnen tue ist das, dass ich mir deren Ideen, Machenschaften, Dinge, Sachen, Reden, Handlungen und Beschlüsse usw. analysierend durch den Kopf gehen lasse und daraus meine Schlüsse ziehe, meine Meinung bilde und diese auch offen vertrete, und zwar gemäss der «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948. Also herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für je-

den einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Artikel 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Was beim US-Sicherheitsberater J.R. Bolton abgeht und was sich rundum in dessen politischem Leben ergab, dazu habe ich mich etwas umgetan und einiges zusammengetragen, das für manche Leserinnen und Leser zu erfahren vielleicht interessant sein kann.

Billy

Was Donald Trumps Darth Vader, John Robert Bolton, im Monat März als US-amerikanischer Politiker, Diplomat und seit dem 9. April 2018 auch Nationaler Sicherheitsberater für den US-Präsidenten Trampeltramp Donald John Trump bezüglich Venezuelas Diktator-Maduro sagte.

John R. Bolton gilt als Darth Vader von Trump (Bolton wird nach der Star-Wars-Filmreihe <Darth Vader> genannt, gemäss dem Jedi-Ritter Anakin Skywalker, der zum berühmtesten Filmbösewicht Darth Vader wurde. Der Begriff <Darth Vader> wurde aus dem Niederländischen ins Englische übertragen und bedeutet ins Deutsche übersetzt <Dunkler Vater> oder, wie anderweitig auch vermutet wird, <Dunkler Eindringling>.

John R. Bolton, geb. 20. November 1948, ist ein Neokonservativer, ein Mann, (wobei Neokonservatismus; aus dem Griechischen ins Deutsche übersetzt bedeutet <Neo> einfach <neu> und konservativ eben antiquiert resp. althergebracht, altmodisch, veraltet, gestrig, altväterisch, überholt, überholrückständig, altübernommen, altüberliefert, rückschrittlich, unzeitgemäss, altherkömmlich), der stur am Altherkömmlichen festhält, und zwar auch dann, wenn es grundfalsch oder widersinnig ist. Bolton hat eine lange politische Laufbahn hinter sich, war unter Reagan und George Bush von 1981 bis 1993 tätig, dann auch von 2001 bis 2006 unter George W. Bush als Staatssekretär für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheit usw.; studierte an der Yale University, wo er 1970 den Bachelor of Arts und 1974 den Juris Doctor mit summa cum laude erwarb; Hillary Rodham und Bill Clinton waren seine Kommilitonen. Damals hatte er sich bei der Maryland Army National Guard gemeldet, um sich dadurch von seiner Dienstpflicht zu drücken, die er im Vietnamkrieg hätte erfüllen müssen, wozu er später schrieb, dass er keine Lust hatte, in einem südostasiatischen Reisfeld zu sterben. Dazu ist in seinen Memoiren <Surrender Is Not an Option> auch festgehalten, dass er nicht bei der Eroberung eines Landes habe sterben wollen, das dann später von Ted Kennedy zurückgegeben werde.

Der US-Kriegshetzer John Robert Bolton, der seit dem 9. April 2018 Nationaler Sicherheitsberater unter dem Patronat des US-präsidialen Ober-Kriegshetzers Trampeltramp-Terroristen Donald John Trump ist – dem John Bolton selbst immer unheimlicher wird, weil dessen US-Aussenpolitik immer rücksichtsloser geworden ist –, kann er sich als Sicherheitsberater mit seiner Linie gegen den US-Präsidenten gegenwärtig noch durchsetzen.

R. J. Bolton hat bereits von 1981 bis 1993 unter Ronald Reagan und George Bush eine Rolle gespielt, wobei er während den Amtszeiten der Präsidenten Ronald Reagan und George H. W. Bush zunächst von 1981–1983 für die <US Agency for International Development> (USAID) arbeitete, dann im Anschluss daran von 1985–1989 als Assistant Attorney General für das US-Justizministerium, dann von 1989–1993 beim US-Aussenministerium als Unterstaatssekretär für internationale Organisationen (Assistant Secretary of State for International Organization Affairs). Auch war er Vorstandsvorsitzender eines Enschliessungskomitees der Republikaner. Der als neokonservativ eingeschätzte Bolton Senior war vor seiner Mitarbeit in der Regierung Bush Vice President für Public Policy Research beim American Enterprise Institute. In der Zeit von 1997 und 2000 hatte Bolton den ehrenamtlichen Job in bezug auf eine persönliche Gesandtschaft des ghanaischen Diplomaten resp. des ehemaligen Uno-Generalsekretär Kofi Annan in der Westsahara.

Unter George W. Bush arbeitete J.R. Bolton von 2001 bis 2006, wobei er am 11. Mai 2001 als Staatssekretär für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheit (Under Secretary of State for Arms Control and International Security Affairs) ernannt und vereidigt wurde. Als diesbezüglicher Funktionär war er 2003 Delegationsmitglied der Sechsparteiengespräche zum nordkoreanischen Atomprogramm, wobei er jedoch aus dieser Delegation entlassen wurde, nachdem er Kim Jong-il, den nordkoreanischen kommunistischen Politiker als <tyrannischen Diktator eines Landes> bezeichnet hatte, <in dem das Leben für viele

Menschen ein höllischer Albtraum ist>. Die Reaktion darauf war der Ausspruch eines nordkoreanischen Sprechers, der damit konterte: <Ein solcher menschlicher Abschaum (scum) und Blutsauger ist für die Teilnahme an diesen Gesprächen ungeeignet.>

George W. Bush schlug am 7. März 2005 Bolton als UNO-Botschafter vor, wobei jedoch der Senat am 12. Mai 2005 die Bestätigung versagte, und zwar trotz einer Stimmenmehrheit der Republikaner von 55 zu 45 Stimmen. Dies geschah darum, weil seine Kandidatur von der demokratischen Minderheit abgelehnt wurde, wie auch teilweise konservative Senatoren harte Kritik an Bolton übten und ihm unter anderem auch vorwarfen, dass er die CIA unter Druck gesetzt habe, um für ihn genehme Berichte auszufertigen, die ihn in ein gutes Licht stellen sollten. Auch wandten sich 60 pensionierte US-Diplomaten gegen Bolton, und zwar auch in einem Schreiben an die Senatoren. Zur Blockade nutzten die Demokraten im Senat das zur Nominierung abstimmungstaktische Manöver einer zermürenden Abstimmungstaktik (Anm. Filibuster/ei), wobei auf Ende der Aussprache vorgebrachte Anträge blockiert wurden. Und bei Bolton war es so, dass über die Kandidatur aus formalen Gründen nicht abgestimmt werden konnte, weil genügend Anträge zum Brechen der zermürenden Abstimmungstaktik nämlich 57 bzw. 54 von 60 notwendig gewesen wären, was aber nicht der Fall war. Wären genügend Ja-Stimmen erreicht worden, dann wäre es zu einer tatsächlichen Abstimmung gekommen, bei der Bolton gewonnen hätte, weil nämlich 51 Stimmen ausgereicht hätten. Eben ein US-amerikanisches System – zwar etwas verrückt, aber für Verrückte offenbar klar und verständlich.

Bolton wurde von Bush Junior am 1. August 2005 eigenmächtig per Dekret zum UN-Botschafter ernannt, und eben ohne Bestätigung des Senats. Bush nutzte dazu – wie das auch der irre Trampeltramp Trump nutzt – die US-Verfassung, die ihm erlaubte, als Präsident in den Sitzungspausen direkte Postenbesetzungen vorzunehmen (<Recess Appointment>). Dies war der erste Fall, dass ein US-Botschafter auf diese Weise bei der UNO eingesetzt wurde, wobei aber diese Gültigkeit exakt bei oder nach dieser Ernennung auslief resp. beendet wurde.

Am 4. Dezember 2006 wurde dann aus dem Weissen Haus mitgeteilt, dass Bolton sich entschlossen habe, nach Ablauf der Legislaturperiode für das Amt als Botschafter bei den Vereinten Nationen nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Der Grund dafür war – gemäss Plejaren – darauf zurückzuführen, weil bei den Kongresswahlen die Mehrheit in beiden Kammern von den Demokraten erlangt wurde, wie auch, weil sich die Demokraten seit jeher gegen Bolton als UN-Botschafter ausgesprochen hatten und seine weitere Kandidatur auch nicht unterstützt hätten. Bolton war in seiner Amtsführung aggressiv und sehr umstritten, dies auch darum, weil er jahrelang als scharfer Kritiker der UNO hervorgetreten war und er sich insbesondere für die Belange des Staates Israel einsetzte und seine Israel-Gesinnung lautstark vehement verfechtete.

Trampeltramp Donald John Trump gab dann am 22. März 2018 bekannt, dass ab dem 9. April in seiner Regierung als Nationaler Sicherheitsberater Bolton das Amt übernehmen und führen werde. Diese Nominierung wurde in der <Times of Israel> als Zeichen dafür erachtet, dass Trump und seine Regierungsmitläufer hinsichtlich der durchzuführenden Gespräche bezüglich der persischen und nordkoreanischen Atomprogramme eine harte Linie an der Seite Israels ansteuern würden. Dann tauchte die Frage auf, ob eine russische Einmischung in den Präsidentschaftswahlkampf 2016 stattgefunden habe, wobei Bolton jedoch offen Zweifel an der Involvierung offizieller russischer Stellen vorbrachte und dies auch vertrat. Dass sich dabei natürlich auch die konservative <NZZ> resp. <Neue Zürcher Zeitung> nicht verkneifen konnte, sich dumm, naiv und sachunkundig in bezug auf das psychopathisch angehauchte selbstsüchtige, egoistische, nationalistische und herrische sowie gesamthaft auf den eigenen Glaubenswahn ausgerichtete Gehabe von Bolton mit einer völlig falschen Beurteilung und Wortwahl zu äussern, das spricht hinsichtlich der Ernsthaftigkeit eines journalistischen Recherchierens für sich – eben einem Armutszeugnis.

Tatsache ist, dass John R. Bolton in seiner Machtgier und Kriegswahnbesessenheit seit jeher eine Gefahr für die Welt war, es ist und bleiben wird, denn er ist in seinem Kriegswahn durchaus in der Lage, den sowieso schon unfähigen US-Präsidial-Clown Trampeltramp Trump derart zu indoktrinieren und zu lenken, dass dieser in seiner pathologischen Dummheit einen weiteren Weltkrieg auslösen könnte. Und dass Trampeltramp Trump sowieso das altherkömmliche Metier der USA wacker weiter vorantreibt, nämlich das in grenzenloser Machtgier Beherrschenwollen der ganzen Erde und all deren Staaten und Völker, das ist offensichtlich. Das Hegemoniegebaren der USA kam auch durch Hillary Clinton zum Ausdruck, die mit absoluter Sicherheit ebenfalls nicht davor zurückgeschreckt wäre, einen weiteren Weltkrieg auszulösen. Dies, wenn sie anstatt Trampelmann Trump aus der Wahlschlacht als US-Präsidentin hervorgegangen wäre. Gemäss plejarischen Erklärungen hätte sie in Syrien die dort stationierte russische Luftwaffe durch die US-Luftwaffe angreifen lassen, die gegen die Aufständischen des Diktators Bashar al-Asad-Regime im Einsatz waren, was unweigerlich zu einem bössartigen Terrorakt und gemäss plejarischen Wahrscheinlichkeitsberechnungen letztendlich zu einem weiteren weltumfassenden Krieg geführt hätte.

Die NZZ hat – infolge völligem Nichterkennen und Unverstehen der effektiven Tatsachen und dem Fehlen psychologischer Erfahrung, Menschenkenntnis und Beurteilungsfähigkeit seitens der NZZ-Journalisten

und Schreiberlinge – die Verhaltensweisen von Bolton als <rigider Nationalismus und genau passend zu Trumps Politik des America First> und damit also als <streng> und <starr> missgedeutet. Und exakt dadurch wurde der wahre Charakter und das Verhalten des ureigen-persönlich-gebieterisch-diktatorialen, absolut-autoritären und gewissenlosen John Robert Bolton ganz klar völlig falsch beurteilt, und folgedem auch dessen wahre Gesinnung.

Effectiv liegt bei Bolton nicht einfach ein <rigider Nationalismus> in Form von <streng> und <starr> vor – wie auch nicht bei Trampeltramp Donald John Trump, bei dem zudem auch blanke Dummheit und auch eine offensichtliche Bewusstseinsbeschränktheit vorliegt. Alles in bezug auf Bolton Genannte fundiert in negativer, schlechter und böser Hinsicht in einem nach aussen versteckten, tiefgründigen Usurpations-Wahn, der leider von diesbezüglich Sachunkundigen nicht erkannt, jedoch trotzdem auf andere Personen negativ wirkt, folglich er abgewiesen und gemieden wird. Das aber bemerkt er, weshalb er in sich voller Hass gegen die Umwelt ist und in vehementer Weise seinen Kriegswahn zum Ausdruck bringt, indem er kriegshetzend auch seine Vorgesetzten beeinflusst, und zwar als Nationaler Sicherheitsberater in erster Linie den dummen und in seiner Bewusstseinsarmut und Gefühlslosigkeit dahindämmernden US-Präsidenten, und zweitens alle dessen ihm hörigen Trabanten, die in ihrer Bigotterie dämlich lächelnd um ihn herumscharwenzeln. Und solche Leute sind in den USA an der Regierung und steuern die Politik, das Wohl und Wehe des Landes und dessen Bevölkerung, weshalb es keinem Wunder entspricht, wenn auch ein grosser Teil des Volkes im gleichen Spital krank ist wie die Regierenden und also gleichermassen denkt und handelt wie die verkrachte oberste Elite des Landes. Doch wird das Ganze dieser Art rund um die Welt betrachtet, dann ist es gesamthaft in allen 195 Staaten der Erde nicht anders, die von den Vereinten Nationen mit voller völkerrechtlicher Staatsqualität anerkannt sind, worunter die 193 Mitglieder der Vereinten Nationen sowie die Vatikanstadt und Palästina dazu gehören. Bei neun weiteren Territorien ist der Status als <Staat> jedoch umstritten.

John R. Bolton ist ein aggressiver, militärischer und alle erdenklich möglichen Optionen ausnutzender, bössartiger Aussenpolitiker, der seine Kritiker damit bezirzt, indem er ihnen indoktriniert, dass sein Handeln einer <klaren Unterstützung in bezug auf eine effektive multilaterale Diplomatie> entspreche. Auch beim <Project for the New American Century> stand er am 26. Januar 1998 als Mitunterzeichner eines Aufrufs an Präsident Bill Clinton an vorderster Front, der gedrängt wurde, Saddam Hussein durch den Einsatz von diplomatischen, politischen und militärischen Mitteln zu entmachten. Alle Unterzeichnenden des Aufrufes waren einhellig der Ansicht, dass die <amerikanische Politik sich nicht weiterhin von einem fehlgeleiteten Konsenszwang im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen <verkrüppeln> lassen dürfe. Im Jahr 2000 trat Bolton dann in einem Radiointerview auf und proletete: <Wenn ich den Sicherheitsrat heute neu zusammenstellen müsste, dann hätte dieser genau ein ständiges Mitglied, weil das den tatsächlichen Machtverhältnissen in der Welt entspricht.>

Bolton hat auch immer wieder bei jeder Möglichkeit scharf die Vereinten Nationen kritisiert, wobei er 1994 in einem Forum der <Federalist Society> grosskotzig proletete – wie üblich –: <Es gibt eigentlich keine <Vereinten Nationen>, sondern es gibt nur eine internationale Gemeinschaft, die aber nur von der einzigen verbleibenden Supermacht angeführt werden kann, den Vereinigten Staaten.> Auch rief er aus, <Das Gebäude der Vereinten Nationen (in New York) hat 38 Stockwerke, aber wenn es zehn davon verlöre, würde das auch keinen Unterschied machen>. Sein Proletentum richtet er auch scharf kritisierend gegen den UN-Menschenrechtsrat, der im Juni 2006 gegründet wurde und den er gemäss Presseberichten zufolge als <geschminkte Raupe statt eines Schmetterlings> bezeichnete. Ein gewisser Thomas Assheuer fand dazu dann Ende 2005 einige Worte, die aussagten, dass Bolton den Eindruck erwecke, er wolle die UNO <zu einer Spezialfirma für postmilitärische Nachsorge entmündigen, zu einer Mutter Teresa im Feldlazarett des Hegemon.>

Bolton, der grundsätzlich in seinen wirren Vorstellungen usw. gewalttätig ist, wie sich dies in seinen gesamten Verhaltensweisen, Bewegungen und in seiner Physiognomie erkennbar herausbildet, setzte sich auch für das Recht ein, dass Privatpersonen weltweit Schusswaffen tragen sollen dürfen, wozu er in einem seiner Bücher (Surrender is not an Option = (Übergabe ist keine Option); ENDANGERING our NATIONAL SOVEREIGNTY (Gefährdung unserer nationalen Souveränität); Legilative Veto: Unseparating the Power (Legislatives Veto gegen Gewaltenteilung); The Hatch act: A civil libertarian defence (Domestic affairs studies; usw.) diese Ansicht damit begründet, dass dadurch auch mit dem Interesse der USA weltweit <Freiheitsgruppen> ausgerüstet werden könnten, wobei er sich als UN-Botschafter vehement gegen Abkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen einsetzte. Auch hält er sich nicht mit scharfen Äusserungen und mit Mordgedanken und Mordwünschen gegenüber Menschen zurück, die ihm nicht in seinen gewalttätigen Kram passen, wie z.B. in bezug auf den Whistleblower Edward Snowden, über den er sich mit folgenden Worten ausliess, dieser soll <an einer hohen Eiche aufgehängt werden>. In bezug auf Persien äusserte sich Bolton auch auf dem Parteitag der britischen Conservative Party 2007 folgendermassen: <Die USA hatten einst die Fähigkeit, in verdeckter Weise einen Sturz von Regierungen einzufädeln. Ich wünschte, wir könnten dies wieder haben.> Hinsichtlich des Atomabkommens vom 14. Juli 2015 mit Persien fabulierte Bolton eine Bedrohung für den Weltfrieden, und zwar darum, weil die USA dieses Land nicht wirksam daran hindere, Atomwaffen

zu bauen. Mehrfach rief er daher dazu auf, gegen das persische Atomprogramm vorzugehen, und zwar knallhart in militärischer Weise. Und als dann Trampeltramp Donald John Trump bei den Präsidentenwahlen im November 2016 den Sieg davontrug, forderte Bolton in Persien einen Regimewechsel, wobei er Ende November 2016 den noch amtierenden Präsidenten Obama davor warnte, in der Übergangsphase Palästina als Staat anzuerkennen.

Billy

John Bolton: "Wir wollen eine breite Koalition, um Maduro zu stürzen"

Sott.net So, 03 Mär 2019 17:06 UTC

Donald Trumps Darth Vader, sein nationaler Sicherheitsberater, John Bolton, dessen blutige Pläne für die Welt schon seit Jahren unter Kennern des US-Imperiums berühmt-berüchtigt sind, hat sich jetzt unverblümt über die derzeit laufenden Umsturzpläne gegen die venezolanische Regierung Maduros geäußert. Er hofft, schon bald eine "breite Koalition" dafür gewinnen zu können, da das, Zitat "gescheiterte Experiment von Chavez und Maduro ein Ende haben muss."



John Robert Bolton

Trump und sein neuer, berühmt-berüchtigter Nationaler Sicherheitsberater

Der nationale Sicherheitsberater der USA John Bolton sagte, dass die Vereinigten Staaten eine "so breite Koalition" wie möglich bilden werden, um den venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro zu stürzen. Bolton forderte eine "völlig demokratische Hemisphäre".

"Ich würde gerne eine so breite Koalition sehen, wie wir sie nur zusammenstellen können, um Maduro zu ersetzen, um das gesamte korrupte Regime zu ersetzen", sagte Bolton bei einem Interview mit dem Fernsehsender CNN am Sonntag. "Das ist, was wir versuchen zu tun."

~ [RT Deutsch](#)

Des Weiteren betonte Bolton:

"Wir versuchen, die Unterstützung für eine friedliche Machtübergabe von Maduro an Juan Guaido zu sichern", so Bolton.

~ [Sputnik](#)

Und: Bolton sagte auch, dass die USA keine Angst haben, den Weg gegen Maduro allein zu gehen. "Vor dieser Regierung haben wir keine Angst, den Ausdruck "Monroe Doctrine" zu verwenden", sagte er. "Dies ist ein Land in unserer Hemisphäre und es war das Ziel der amerikanischen Präsidenten, die zu Ronald Reagan zurückkehren, eine vollständig demokratische Hemisphäre zu haben."

"Monroe-Doktrin" nannte sich die US-Politik gegen den europäischen Einfluss auf die westliche Hemisphäre, die Präsident James Monroe 1823 skizzierte. Seitdem wurde sie von John F. Kennedy und Ronald Reagan aufgenommen, um sich der Ausbreitung des Kommunismus auf Kuba entgegenzustellen und die Unterstützung für rechte Contra-Rebellen in Nicaragua zu mobilisieren.

~ [RT Deutsch](#)

Ein grosses Problem sehen Bolton und seine Hintermänner im Tiefen Staat auch bei den vielen Kubanern in Venezuela:

Teil des Problems in Venezuela sei die starke Anwesenheit von Kubanern: 20.000 bis 25.000 kubanische Sicherheitsbeamte befänden sich nach Angaben von "öffentlich zugänglichen Berichten" in Venezuela.

"Unser Ziel ist es, Juan Guaido zum Interimspräsidenten zu machen, damit wir eine neue Präsidentschaftswahl bekommen", so der Präsidentenberater.

~ [Sputnik](#)

Die Warnung des russischen Aussenministers Sergej Lawrow wurde durch Boltons Aussage ebenfalls bestätigt:

Washington habe die "Troika der Tyrannei" ins Visier genommen: Kuba, Nicaragua und Venezuela, fügte er hinzu. Diese Erklärung stimmt mit der Warnung des russischen Aussenministers Sergej Lawrow überein, die er am vergangenen Freitag geäussert hatte: Lawrow zeigte sich überzeugt, dass die USA es bei Venezuela nicht belassen würden und dass Kuba und Nicaragua "an der Reihe" seien.

~ [Sputnik](#)

Der CNN-Reporter machte Bolton auf seine Doppelstandards aufmerksam, in Bezug auf seine Twitter Aussage, dass "jeder, der einen Diktator weiter unterstützt, der Menschenrechte verletzt, nicht unbestraft bleiben darf":

Bolton hatte zuvor getwittert, dass "jeder, der einen Diktator weiter unterstützt, der Menschenrechte verletzt", nicht unbestraft bleiben dürfe. Der CNN-Journalist wies im Laufe des Interviews jedoch zweimal darauf hin, dass die USA bekanntlich mehrere Diktaturen weltweit unterstützen, darunter Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

"Sehen Sie nicht, dass die US-Unterstützung für andere Diktatoren weltweit die Glaubwürdigkeit ihres Arguments untergräbt?", fragte der Reporter Jake Tapper.

"Nein, ich glaube nicht, dass das der Fall ist. Das ist eine andere Sache", antwortete Bolton. Warum das eine andere Sache ist – darauf ging Bolton jedoch nicht ein.

~ [Sputnik](#)

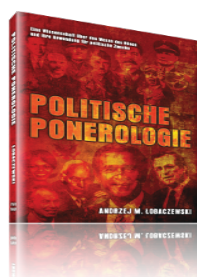
Ein kleiner Rückblick:

Innerhalb weniger Stunden, nachdem sich der venezolanische Oppositionspolitiker Juan Guaido im vergangenen Monat selbst zum Interimspräsidenten ernannt hatte, warf die Regierung von Donald Trump ihre volle Unterstützung hinter den selbsternannten Führer. Während mehrere lateinamerikanische Länder der Linie der USA folgten, haben sich die Bemühungen um eine internationale Unterstützung gegen Maduro bisher als erfolglos erwiesen. Eine US-Resolution bei den Vereinten Nationen, in der Maduro verurteilt und Neuwahlen in Venezuela gefordert wurden, wurde vergangene Woche abgelehnt.

Bolton ist nicht der einzige Hardliner in Washington, der eine ähnliche Sprache verwendet, um die Situation in Venezuela zu beschreiben. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für bewaffnete Dienste, Jim Inhofe, sagte letzten Monat, dass die USA möglicherweise in Venezuela einmarschieren müssen, sollte Russland es wagen, dort oder "irgendwo in unserer Hemisphäre" eine Militärbasis einzurichten.

~ [RT Deutsch](#)

Bolton ist nur eines der Mitglieder des gewissenlosen Tiefenstaates in Amerika, dessen Mitglieder teilweise aus pathologischen Persönlichkeiten bestehen, die die Welt fundamental anders wahrnehmen als normale Menschen. Mehr Informationen darüber in unserem Buch:



Politische Ponerologie:**Eine Wissenschaft über das Wesen des Bösen und ihre Anwendung für politische Zwecke**

Quelle: <https://de.sott.net/article/33325-John-Bolton-Wir-wollen-eine-breite-Koalition-um-Maduro-zu-sturzen>

FIGU-Information hierzu in Form eines Auszuges aus dem 706. offiziellen Gesprächsbericht vom Mittwoch, den 4. April 2018

(Siehe FIGU-Zeichen Nr. 93 bei https://www.figu.org/ch/files/downloads/zeitzeichen/figu_zeitzeichen_93.pdf)

Billy Da die Beobachtung und Beurteilung in bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland und die Europäische Union deiner Spezialaufgabe entspricht, würde ich gerne von dir erfahren, was du dazu zu sagen und zu beurteilen hast.

Quinto Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union verkünden sich als Demokratien, wobei diese behauptende Eigendarstellung jedoch nicht wahrheitsgemäss bewertet werden darf, weil diese auf einer volksbetörenden, volksverdummenden und die Wahrheit verschleiernenden Lüge aufgebaut ist. Tatsache und Wahrheit sind, dass beide Staatsgebilde, sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch die Europäische Union, hinterhältigen Diktaturen entsprechen. Alle Staatsbeamten jedes Ressorts handeln selbstherrlich und ausserhalb des Willens jenes Teils der verstandesklar und vernünftig entscheidenden und bedacht handelnden Bevölkerungen, der nach Frieden, Gleichheit für alle, wie aber auch nach Gerechtigkeit und wirklicher Freiheit, nach einer gerechten Staatsführung, Staatsverantwortung und deren Wahrnehmung sowie nach wirklicher Demokratie und danach strebt, dass nicht die Staatsgewaltigen allein, deren Berater, Mitläufer, die Militärführenden, Geheimdienste, wie auch die Wirtschaftsmagnaten, sondern einzig das Volk entscheidet und bestimmt. Doch all das wird von einem Teil der betreffenden Völker nicht verstanden und nicht erkannt, weil sie keine Kenntnis davon haben, was unter Demokratie, Frieden, Gerechtigkeit und wirklicher Freiheit sowie Staatsführungsverantwortung überhaupt zu verstehen ist, folglich sie den untauglichen Staatsvorstehenden und all den diesen zugehörenden Kräften aller Ressorts willfährig folgen, weil sie sich in ihrer Labilität, ihrem untergrabenen Verstand, in ihrer mangelnden Vernunft sowie in ihrer fehlenden Selbstentscheidungsfähigkeit durch Worte betören und überreden lassen. Wenn ich nun aber das zu erklären habe, was hinsichtlich der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Aussenpolitik und deren wirklichem vielseitigen Bestreben gesagt werden muss, dann ergibt das ein sehr unerfreuliches Bild, das den Eindruck erwecken könnte, dass damit das gesamte US-amerikanische Volk verleumdet, gebrandmarkt und verraten wird, oder mit anderen Worten ange-schwärzt, verunglimpft, schlechtgemacht, blossgestellt und entehrt werden soll. Das aber entspricht eben-so nicht dem Sinn und der Wahrheit meiner Darlegungen, wie auch nicht, dass damit Hass gegen das US-amerikanische Volk entstehen soll. Die Wahrheit meiner Erklärungen bezieht sich einzig, und wirklich einzig nur darauf, dass die ganze unerfreuliche und negative Bewertung der Gesinnung des gesamten US-amerikanischen Regierungssystems angesprochen wird, in das die Staatsführenden, deren Beratende, die Lobbyisten und die gesamte Politik, die Geheimdienste und Wirtschaft, das Religionsgebaren und die Militärmacht einbezogen sind, wie aber auch jener Teil des US-Volkes, dessen Gesinnung gleichermassen mit dem konform läuft, was dem ganzen Strebens-, Führungs- und Machtgebaren der US-amerikanischen Staatsführung und den damit verbundenen Mächten aller Ressorts entspricht. Die US-amerikanische Bevölkerung resp. die Menschen werden mit meinen Ausführungen, Darlegungen und Erklärungen also nicht angegriffen, sondern es werden nur die Gesinnungen und die Ausführungen und das Begehen falscher Handlungen, Taten und Verhaltensweisen genannt, die in Intrigen, Täuschungen, Hinterlistigkeiten und verbrecherischen Manipulationen und Verschwörungen fundieren, die bis hin zu Folter, Mord und Krieg führen. Dies, weil regierungsseits mit dem ganzen Apparat aller Machtressorts friedens-, freiheits-, gerechtigkeits- und ordnungs-, völkerrechts- sowie menschenrechts- und gesetzwidrig kriminell, frevelrisch, sträflich, widerrechtlich und niederträchtig geplant und gehandelt wird. Alles entspricht einer Gesinnung und einem Handeln, Verhalten und Tun, das nur als schändlich, verwerflich und verächtlich, abscheulich, nichtswürdig, ehrlos, ruchlos und übel bezeichnet werden kann. Was nun aber hinsichtlich der Frage bezüglich der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt werden muss, ist folgendes: Die USA halten alle unter ihrer dominierenden Aufsicht stehenden regionalen Staaten der Erde unter strenger Kontrolle, wodurch diese sich nicht weiterentwickeln, nicht höherstreben und nicht über sich selbst bestimmen können, sondern so gut wie Abhängige und Vasallen der USA sind, die sich als einzige Weltmacht wännen und dieserart mit allen ihren unlauteren Unterwanderungen bestehen wollen. Aus diesem Grund wollen die USA keinen Frieden, sondern hassen ihn und tun alles, um alle von ihnen beherrschten Staaten immer mit den gleichen Unterdrückungsmitteln niederzudrücken und selbsthandlungsfähig klein zu halten. Die USA greifen intervenierend und aktiv in die Angelegenheiten der unter ihrer Kontrolle stehenden an-

deren Staaten ein, und zwar sowohl politisch wie auch militärisch, geheimdienstlich, wirtschaftlich und gar religiös, wenn dies notwendig und nutzbringend erscheint, wie sie sich aber auch allerorts in fremde Problematiken und Verhältnisse einmischen, die sie nichts angehen. Dabei werden sie jedoch von steter Angst gequält, dass ihnen durch andere Staaten, und zwar speziell durch Russland und China, politisch, militärisch, geheimdienstlich, diplomatisch und wirtschaftlich schädliche Konkurrenz erwachse, wie aber auch, dass gewisse Regierungsmächtige anderer Staaten – wie besonders Russland – Bemühungen hinsichtlich eines Weltfriedens unternehmen und auch andere Staaten dafür animieren könnten. Diese kümmerliche Angst, Bangnis und Bedrohungsfurcht der US-amerikanischen Regierenden, Militärs und Geheimdienste existieren – nebst diversen anderen tiefgreifend niedrigen, niveaulosen und inhaltsleeren Beweggründen – ab der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika und veranlassen seit jeher alle Verantwortlichen dazu, jegliche Friedensbemühungen zu hintertreiben, die in zahlreichen Staaten auf der Erde seit alten Zeiten unternommen wurden und bis heute im 3. Jahrtausend immer wieder einmal neu aufkommen. Seit die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen, lassen sie also nicht zu, dass Frieden unter den Erdenvölkern werden kann, denn sie wollen keinen Frieden, sondern hassen ihn, weil sie einerseits Angst davor haben, auf der Erde ihre weitreichend aufgebaute Macht zu verlieren, andererseits aber auch darum, weil sie ihr Weltherrschaftsstreben aufgeben müssten. Von US-amerikanischer Seite aus wird um jeden Preis alles Gewalttätige gegen einen Frieden auf der Erde und hinsichtlich ihrer Weltherrschaftserlangungssucht getan und unternommen. Und dies geschieht in erster Linie nach dem machtpregten Willen der Regierungsverantwortlichen, Militärs, Geheimdienste sowie der Wirtschaftsmächtigen, wie aber auch nach dem Willen jenes Bevölkerungsteils, der regierungs-, militär-, geheimdienst- und wirtschaftshörig ist, und zwar absolut gegen den Willen jener Minderheit der Bevölkerung, die mit Verstand und Vernunft nach Frieden und Freiheit strebt und sich auch mit Aufrufen und friedlichen Demonstrationen usw. darum bemüht. Unumstössliche Tatsache ist – weil die USA weder einen weitreichenden noch einen weltumfassenden Frieden und auch keine wahre Freiheit wollen und auch nicht anstreben, sondern die Weltherrschaft an sich reißen wollen –, dass absolut kein Wille dafür besteht, eine tatsächlich wahrheitliche Aufgabe der Kernphysik herbeizuführen, wie auch keine Verantwortung und kein Interesse aufkommen kann bezüglich einer Beendigung hinsichtlich der Weiterentwicklungen noch gefährlicherer und zerstörenderer sowie letztendlich alles total vernichtender Kernwaffen. ...

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



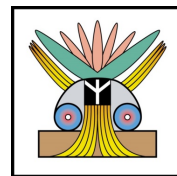
© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslefire Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz